



Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 9

Mittwoch, 11. Januar 1928

35. Jahrgang

Ein Tendenzurteil

Die Justiz breitet den Mantel der Liebe über die Reudell-Putschisten So eine Urteilsbegründung war noch nicht da

In dem Verleumdungsprozess des jungdeutschen Konturs Hasso v. Treschow gegen den „Kreisoffizier“ der Reichswehr Major a. D. Badide fällte das Verurteilungsgericht am Dienstag folgendes sonderbare und unverantwortliche Urteil:

„Das Vorurteil wird aufgehoben. Der Angeklagte wird auf Kosten des Privatklägers freigesprochen.“

In der Begründung führte der Vorsitzende Landgerichtsrat Paulus folgendes aus:

„Der zur Anklage stehende Artikel des Beklagten Badide in der „Deutschen Zeitung“ war erschienen, nachdem Major Badide in der Deffektivität schwer angegriffen und mit Putschplänen in Zusammenhang gebracht worden war. In seinem Dementi hat der Beklagte ausgesprochen, daß der Vorstoß über Treschow wegen eines Vertrauensbruches und einer daraus entstandenen Schädigung der Landesinteressen verhängt sei. Dieser Vorwurf tritt selbstverständlich der Ehre des Klägers zu nahe. Bei der Urteilsbegründung muß ich alles vermeiden, was die Staatssicherheit gefährden könnte. Die Unterhaltung vom 23. und 26. Januar 1926 zwischen dem Beklagten und dem Kläger hatte vertraulichen Charakter. Daß nichts „Moralisches“ gesagt war, geht daraus hervor, daß der Kläger sich mit den Vorfällen des Beklagten einverstanden erklärt hat. Von diesen vertraulichen Unterredungen, zu deren Geheimhaltung er verpflichtet war, hat nun der Kläger in drei Fällen anderen Personen Mitteilung gemacht. Wenn nun der Beklagte freigesprochen wird, so bedeutet das, wie ja ausdrücklich festgestellt werden soll, nicht etwa eine moralische Verurteilung des Klägers. Es ist in der fraglichen Zeit viel von Putsch gesprochen worden, aber der Kläger hätte sich mit seiner Anfrage an Stellen wenden sollen, die zur Prüfung geeignet waren. Nach den bestehenden Gesetzen konnte der Angeklagte nicht verurteilt werden, sondern er war freizusprechen.“

Wie wir erfahren, beabsichtigt Rechtsanwalt Dr. Kunze für Hasso v. Treschow gegen dieses Urteil Revision einzulegen, so daß der ganze Fall noch einmal das Reichsgericht beschäftigen wird.

Dazu wird uns vom „Soz. Pressedienst“ geschrieben: Die Verurteilung des Hasso v. Treschow hat ihr Urteil gefällt. Der Reichskanzler Marx und der Reichsinnenminister von Reudell sind freigesprochen worden. Marx und Reudell — war nicht der Major Badide der Beklagte? Ganz gewiß und das mit Recht: denn der Major Badide war der Organisator jener putschistischen Formationen, die Herr von Treschow verraten haben sollte. An wen? An das Reichswehrministerium! Major Badide hat die Putschbewegung gegen Herrn von Treschow in Gang gebracht, er hat öffentlich gegen ihn den Vorwurf des Vertrauensbruches und der Schädigung von Interessen der Landesverteidigung erhoben.

Aber trotzdem waren die Herren Marx und von Reudell die eigentlichen Angeklagten, und nicht der Major Badide. Ein Major Badide — du lieber Gott, den hätte das Reichswehrministerium und nach ihm vielleicht auch das Reichsgericht eben so gut fallen lassen wie manchen anderen Mann, der bei seiner illegalen Arbeit sich auf das Reichswehrministerium verließ. Mit diesem Major Badide aber stand und fiel das Ansehen der beiden Minister, ja vielleicht die Existenz der jetzt regierenden Koalition. Herr von Reudell hat an der Putschbewegung gegen Treschow aktiv teilgenommen. Als seine Taten und seine Sinnhaftigkeit zum Nullifizieren gegen ihn aufstanden, hat ihn der Reichskanzler Marx im Reichstag gedeckt, indem er gleichzeitig Herrn von Treschow von der Teilnahme des Reichstages herab gestürzt hat. Der Reichskanzler Marx, selbst ein hoher Jurist, hat um der höheren Ehre des Bürgerblocks willen die Ehre eines Mannes geopfert.

Man versteht politisch sehr gut, warum es damals ging. Nachdem Herr Graef als deutschnationaler Ministerkandidat in einem Sturm der Entrüstung unterlag, hätten die deutschnationalen die Brandmarkung eines zweiten Ministerkandidaten nicht mehr ertragen. Herr Marx wird seine Haltung Staatsraison nennen. Jeder rechtlich Denkende aber nennt sie Unrecht.

Treschow hat sich seiner Haut gewehrt. Da er gegen Marx nicht klagen konnte, hat er gegen Badide geklagt. Die Beweisführung in der ersten Instanz war eine vernünftige Niederlage der putschistischen Großgrundbesitzer aus dem Kreise Königsberg (Neumark), das Urteil eine moralische Verurteilung des Reichskanzlers und damit des Herrn von Reudell. Die beiden Herren haben daraus keine Konsequenzen gezogen. Sie haben auf die zweite Instanz geschworen, die ihre Erwartungen nicht enttäuscht hat. Auch das war politisch verständlich. Herr Marx konnte nicht auf die Koalition an diesem Urteil in die Brüche gehen lassen.

Die zweite Instanz hat gesprochen. Betrachtet man dies Urteil unter dem Gesichtspunkt politischer Zweckmäßigkeit mit dem Standpunkt der Reichsregierung aus, so ist es ideal. Wie mußte dies Urteil ausfallen, damit keine politischen Weiterungen daraus entstehen? Es mußte dem Major Badide freigesprochen werden, damit die Herren Marx und Reudell nicht ins Unrecht gesetzt wurden. Es mußte andererseits Herrn von Treschow schonen, da die wirkliche Sachlage in der öffentlichen Verhandlung erster Instanz der ganzen Welt klar geworden war. In der Tat entspricht das Urteil diesen Erfordernissen politischer Zweckmäßigkeit für den Bürgerblock bis zum letzten. Der Major Badide ist freigesprochen. Es wird ihm außer Glau-

ben unterstellt, sowie die Wahrung berechtigter Interessen. Andererseits wird Herrn von Treschow bezeugt, daß dieser Freispruch für ihn keine moralische Verurteilung bedeutet, es wird ihm nur gemäßigter Tadel dafür ausgesprochen, daß er nicht vorsichtiger gewesen sei.

Das nennt man doch noch ein wahrhaft jalousisches Urteil, ein wohl ausgewogenes politisches Kompromiß! Nur pikant man sich bei gelungenen politischen Kompromissen für die Vorrechte nicht zu interessieren, Gerichtsurteile aber werden leider nun einmal nach dem Gange der Beweisführung beurteilt. Und hier liegt der Stempel. Der Major Badide stellte sich als Kreisoffizier der Reichswehr für den Grenzschutz vor. Reichswehrminister und Gericht sahen ihn als eine halb-offizielle Persönlichkeit an, die das Vertrauen der Reichswehr sowohl als auch der Preußischen Regierung genossen habe. Man hat einen Mann aus dem Reichswehrministerium über diese

Das heißt Rationalisierung! Heberarbeit und Feierschichten zur gleichen Zeit!

Wochensumme, 10. Januar (Eigenbericht)
Nachdem der Arbeitszeitkonflikt in der Metallindustrie, nordwestliche Gruppe, im allgemeinen als beigelegt bezeichnet werden kann, scheinen neue Arbeitszeitwierigkeiten im Ruhrbergbau bevorzustehen.

Bestimmte Zechenverwaltungen, u. a. die zu der Vereinigten Stahlwerke A.-G. gehörigen im Dortmund-Revier gelegenen Zechen Minister Stein und Scharnhorst sind an die Betriebsräte mit dem Ersuchen herangetreten, sich einverstanden zu erklären, daß auf Grund des § 3 der Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927, nach der es den Unternehmen überlassen ist, erforderlichenfalls bis zu 30 Tagen im Jahr zwei Feiertagen zu verfahren zu lassen, Heberarbeit angeordnet wird. Zweimal in der Woche soll eine vierte Schicht (zwei Stunden mehr) verfahren werden.

Die Bergarbeiterverbände vertreten die Auffassung, daß zurzeit keinerlei Notwendigkeit für Heberarbeit im Bergbau bestehe. Sie verweisen bei der Begründung dieses Standpunktes auf die Feiertagslöhne im Bergbau und auf die immerhin noch relativ hohe Zahl der Erwerbslosen im Ruhrrevier. Der Deutsche Bergarbeiterverband hat die Verwaltungen angewiesen, das Heberarbeitsverlangen der Zechenverwaltungen abzulehnen, da weder eine gesetzliche noch eine vertragliche Verpflichtung zu dieser Heberarbeitsleistung vorliegt. Es bleibt abzuwarten, ob aus der Weigerung der Bergarbeiterorganisationen, Heberstunden verfahren zu lassen, Komplikationen ergeben werden.

Man hat bei dem völlig haltlosen Anstreben der Verwaltungen der den Schwerindustriellen gehörenden Zechen den Eindruck, als suchten die Industriellen einen Konflikt geradezu bei den Haaren herbeizuziehen, nachdem ihr Anschlag in der Grobsteinindustrie selbst mißlungen ist.

Eigenschaft vernommen — die Bernehmung maßgebender Leute aus der preussischen Regierung aber hat das Gericht vorsichtigerweise abgelehnt.

Das Gericht hat Badide und den Seinen aus Wort geglaubt, daß sie niemals putschistische Absichten gehabt haben, obwohl sie es selbst, wenn auch in verschleierte Form, zugegeben haben. Entgegenstehende Beweisangebote hat das Gericht ebenfalls abgelehnt. Was ungenügend war, hat das Gericht in der Dunkelkammer der geheimen Sitzung behandelt — vorsichtigerweise.

Auf diese Weise konnte das Gericht sich den logischen Widerspruch leisten, daß ein Mann, der beim Reichswehrministerium anfragen läßt, ob der Vertrauensmann des Ministeriums zuverlässig sei, sich eines Vertrauensbruches schuldig gemacht habe! Für die Richter und für die politischen Kräfte, für die sie gearbeitet haben, löst sich alles in Wohlgefallen auf. Die Putschisten sind reichswehrtreue Leute, Herr Badide hat nie an Putsch gedacht, Herr v. Reudell ist rein, Herr Marx ist gerechtfertigt, Herr v. Treschow verdient höchsten Tadel aber ist trotzdem ein Ehrenmann. Man steht ob dieses politischen Endes eines politischen Prozesses Herrn Marx stillzufrieden und milde lächelnd. Er braucht nicht über die politische Leiche des Herrn v. Treschow hinwegzuschreiten und hat doch das freundschaftliche Verhältnis zu Herrn v. Reudell noch einmal gerettet.

Es gibt zwar noch eine dritte Instanz; denn Herr v. Treschow wird Revision einlegen. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß das Gericht zweiter Instanz Formfehler auf Formfehler gehäuft hat, damit Grundlagen für die Revision geschaffen werden. Denn Revision nach Freispruch — das bedeutet Zeitgewinn und vorläufige Erleichterung der Situation für den Reichskanzler, wenigstens für die Zeit der kommenden Wahlen.

Die Sache ist politisch verflucht geschick. Nur zu geschick. Würde es sich nur um ein politisches Kompromiß handeln, so müßte man vor so viel Geschickheit den Hut ziehen. Aber ein Gerichtsurteil, das die Wesenszüge eines politischen Kompromisses trägt, ist von vornherein verurteilt; denn das ist das Schlimmste, was man einem Spruch, der Recht und nicht Politik sein soll, nachsagen kann.

Die Herren Marx, Reudell und Badide sind freigesprochen, das Gericht aber bleibt verurteilt auf der Strafe. Und was wiegt ein Freispruch von einem Gericht, das seiner Rechtsprechung selbst das Urteil gesprochen hat!

Raum ohne Volk

Vom Reichstagsabgeordneten Hermann Tempel, Leck

„Junfer und Bauern sind Brüder“. Straßau, Straßau predigt der Landbund unentwegt dies Evangelium der Interessensolidarität zwischen Kapital und Arbeit auf dem platten Lande. Er findet Gläubige in Massen. Jede Wahl beweist es. Auch heute noch.

Wer die Schicksalsgenossenschaft zwischen den Großen und den Kleinen auf dem Lande in Reinkultur beobachten möchte, der durchstreife einmal die Junferparadiese im sogenannten Ostelbien. Vielleicht Mecklenburg-Schwerin. Etwa auf der Linie Schwerin—Crivitz—Goldberg—Karow—Waren.

Auf dem ganzen etwa 100 Kilometer langen Weg findet er — drei Bauerndörfer.

Sonst nur Gutshöfe, Gutsarbeiterluden und alle paar Stunden einmal ein ärmliches Landstädtchen. Oder er wandere von Waren über Teterow—Lange—Teßin nach Rostock. Das gleiche Bild:

100 Kilometer Weg — ein Bauerndorf.

Dabei durchweg bester Boden. Die Herren auf ihm und die Bauern auf ihm die guten Böden. Die leichten durfte der Bruder Bauer behalten. Wo — wie um Ludwigslust herum — der Boden mager ist, sieht der Bauer am dichtesten. Von dieser Scholle haben ihn die Barone nicht vertrieben. Dort gibt es keine Herrenhäuser.

Um nichts anders ist es im Bereich der schlesischen Latifundien, in den Gefilden der Fürsten von Hafffeld Barone von Kurland und Grafen Malhan. In den niederschlesischen Kreisen rechts der Oder, den Gebieten an der neuen polnischen Grenze, hat sich die Bevölkerung von 1871 bis 1919 auf den Quadratmeter im Durchschnitt um 20 Köpfe vermindert. Das heißt, sie ist in diesem Zeitraum von etwa 110 auf nicht ganz 90 gesunken. In den riesigen Gutsbezirken dieser bedrohten Grenzstrichen wohnen auf dem Quadratmeter im Durchschnitt 18 Menschen! Das dürfte der Bevölkerungsdichte Sibiriens entsprechen. Trotz guten Bodens auch hier. Dabei hat das Reich als Ganzes in dem gleichen Zeitraum einen Bevölkerungszuwachs von 51 pro Quadratmeter zu verzeichnen. Einer allgemeinen Zunahme von 51 steht also hier ein Verlust von 20 gegenüber, eine Differenz mithin von 70 Köpfen auf die genannte Einheit! Das Ergebnis eines halben Jahrhunderts junckerlicher Bauernfreundschaft.

Aber nicht nur im Osten Deutschlands dehnen sich diese menschenleeren Räume in unendlicher Weite. Auch der Westen kennt sie. Dedland, Moor und Heide, mit denen weder Junfer noch Bauer etwas anzufangen wußten. Da ist das Gebiet, das der neue Hunte-Ems-Kanal im mittleren Oldenburg und im nördlichen Münsterland durchschneidet. Preußen, das das Teilstück des Campe-Dörpen-Kanals baut, ist dabei, eines der größten Bodenkulturerwerke seiner Geschichte durchzuführen. Tausende und aber Tausende von Hektaren wertvollen Hochmoores werden hier erschlossen. Bagger und Dampfpflüge bringen Leben in das Land, das seit Jahrtausenden schläft. All die Moore und Heiden des Emslandes an der holländischen Grenze entlang von Papenburg bis Bentheim, unermessliche Flächen. warten auf Menschen. Auf Bauern.

Und derweilen warten die Bauern auf Land. In Friesland fanden wir — hart am Rande des gewaltigen Bourtanger Moores — ein großes Bauerndorf, das in einem ganzen Jahre drei Trauungen erlebt hatte. Vierzigjährig liefen die Söhne und Töchter der Bauern ledig in den Höfen der Eltern umher: kein Land zu bekommen! Nehmlich in Niedersachsen, in Hessen, in Württemberg.

Land ohne Volk! Volk ohne Land! Eine Proteste und eine Tragödie in eins.

Man muß das Land ohne Menschen vor sich sehen, wenn man über das Problem der Siedlung spricht. Erst dann bekommen die toten Zahlen über Umfang und Tempo der Arbeit Farbe und Leben.

Reich und Länder haben während der letzten Jahre trotz ihrer Armut das Züllhorn ihrer Millionen über jene Räume ausgeschüttet, um ihre Bevölkerung zu verdrängen. Das Reich bewilligte 1926 und 1927 je 50 Millionen Ankaufskredite. Für das kommende Jahr ist der gleiche Betrag vorgesehen. Aus den Heberarbeiten der Reichsgetreidestelle sind einmalig 15 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Für Flüchtlingspflöge wurden Zuschüsse von 7 Millionen und die Bürgschaft für eine Kreditanleihe von 70 Millionen gewährt. Preußen hat dazu aus seinen Beiträgen während der letzten Jahre je 20 Millionen ausgesetzt. In diesem Zusammenhang sei auch die Bezeichnung von etwa 19 000 Landarbeiterwohnungsbauten und 22 000 ländlichen Eigenheimen aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge erwähnt. Das Reich plant weiter, Kredite zur Hergabe erstfälliger Hypotheken für etwa 6000 Landarbeiterwohnungen aufzunehmen. Dazu kommen die finanziellen Aufwendungen der kleineren Länder, vor allem in Oldenburg, Bayern und Mecklenburg.

Aber all diese Zahlenreihen dürfen nicht über den Kern der Dinge hinwegtäuschen: das Tempo der Neusiedlung ist überaus langsam. Während der Jahre 1919 bis 1925 hat

Deutsche Schriftsteller in England

Geltames Verhalten des deutschen Botschafters

Aus London wird geschrieben:

Die „Modern Language Association“, eine aus Professoren und Lehrern zusammengesetzte englische Vereinigung, hat dem deutschen Botschafter in London, Dr. Schamer, den Vorsitz der Vereinigung für das Jahr 1928 angetragen. Dieses Ehrenamt, das in der Vergangenheit von Männern, wie Lord Robert Cecil und dem ehemaligen französischen Botschafter in London, Jules Cambon, bekleidet worden ist, fällt damit zum ersten Male an eine Deutschen. Es ist zu begrüßen, daß der deutsche Botschafter diese Ehre, die von der Verbesserung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern Zeugnis gibt, angenommen und bei der Jahresversammlung und dem Bankette der Gesellschaft den Vorsitz geführt hat.

Es kann nicht verschwiegen werden, daß der offizielle Vertreter Deutschlands in London von den Möglichkeiten und Pflichten, die ihm sein Amt als der offizielle kulturelle Mittler zwischen Deutschland und England auferlegt, keineswegs den erforderlichen Gebrauch gemacht hat. Anlaß zu dieser Feststellung gibt der Besuch zweier deutscher Schriftsteller in England, die beide in der zweiten Hälfte des abgelaufenen Jahres auf Grund von Einladungen englischer Vereinen London besucht haben. Sowohl der Besuch Emil Ludwigs als auch der kurze Aufenthalt Lion Feuchtwangers in London haben zu ganz ungewöhnlichen Ehrungen der beiden Schriftsteller geführt. Beide deutsche Autoren wurden von den offiziell und inoffiziell führenden Kreisen Englands als repräsentative Vertreter des neuen deutschen Schrifttums und damit des neuen Deutschland selbst gefeiert, und insbesondere Ludwig wurde Gelegenheit geboten, sich ausführlich mit führenden englischen Staatsmännern über europäische Probleme auszusprechen in einem Maße wie es kaum irgend einem anderen Deutschen (vielleicht dem Botschafter selbst eingeschlossen) seit Kriegsende gegönnt war. Diese bloße Tatsache — man mag zu den beiden Männern und ihren Werken stehen, wie immer — stempelt diese Schriftstellerbesuche zu hochbedeutenden Anlässen deutsch-englischer kultureller Annäherung, die offiziell nie und nimmer ignoriert werden dürfen. Tatsache ist jedenfalls, daß der deutsche Botschafter (und nur der Botschafter selbst ist in England Symbol!) bei allen zu Ehren dieser deutschen Schriftsteller gegebenen Empfängen usw., und an Einladungen an den Botschafter hat es gewiß nicht gefehlt, durch seine persönliche Abwesenheit gekränkt hat. Das wurde insbesondere anlässlich eines zu Ehren Lion Feuchtwangers gegebenen Empfanges des Londoner Pen-Clubs, an dem beinahe alle großen

Namen des zeitgenössischen englischen Schrifttums teilnahmen und das für das geistige England durchaus repräsentativ war, bemerkt und abfällig erörtert.

Sei es, daß dem Botschafter die ganze Richtung nicht paßte — beide Schriftsteller bekannten sich als Pazifisten und Ludwig überdies bei allen Gelegenheiten als Sozialist — sei es, daß in Carlton House Terrace (dem Sitz der deutschen Botschaft) das Gefühl für die politische Seite der Besuche fehlte — die dauernden Absagen des Botschafters könnten nicht anders denn als eine Kritik an den großen und einflussreichen englischen Kreisen aufgefaßt werden die diese deutschen Schriftsteller als repräsentative Vertreter der deutschen Literatur ehrten. Die Tatsache, daß eine in einer Millionenauflage verbreitete Londoner Zeitung zu Neujahr unter den großen Ereignissen des vergangenen Jahres das Erscheinen der englischen Ausgabe von Feuchtwangers „Zurück zum Leben“ aufzählte, muß einen Fingerzeig geben, welche außerordentliche Mission diesen deutschen Autoren in England 1927 zugefallen ist.

Das Verhalten des Botschafters mag nach den orthodoxen Auffassungen der Diplomatie alter Schule durchaus unangreifbar sein. Es ist jedoch klar, daß der Förderung der kulturellen Beziehungen, der Verwertung der kulturellen Sympathien in der Diplomatie eines geschlagenen und ehemals feindlichen Landes eine unvergleichlich größere und wichtigere Rolle zufällt als dies unter den „normaleren“ Verhältnissen der Vorkriegszeit der Fall gewesen ist. Unter diesem Gesichtspunkt wächst sich jene Unterlassungsünde zu einem grundsätzlich diplomatischen Fehler des Vertreters Deutschlands in England aus und zwingt zur offenen Darstellung eines bedauernden Tatbestandes. Die Forderung nach einem stärkeren Hervortreten des deutschen Botschafters ist eine Selbstverständlichkeit geworden, die nur deshalb nach außen hin nicht in Erscheinung getreten ist, weil sie von allen, die sie erhoben haben, vor lauter Takt und Rücksichtnahme nur geküßelt wurde, statt offen ausgesprochen zu werden.

Genug der Kriegshehe!

London, 10. Januar (Fig. Draht.)

Von dem Gesamtarchiv der britischen Ministerien war geplant, den belgischen Neutralitätsvertrag in einer billigen faksimilierten Ausgabe in Postkartenformat herauszugeben. Die Durchführung dieses Planes ist unterblieben, nachdem das britische Außenamt, unter Hinweis auf die möglichen unerwünschten Folgen und das „böse Blut“, das hieraus entstehen könnte, gegen diese Art der Verbreitung eines Vertrages, der in der antideutschen Propaganda der Kriegszeit eine so entscheidende Rolle gespielt hat, Einspruch erhoben hat.

preußen, wie sich aus der Reichsiedlungsstatistik ergibt, im Jahresdurchschnitt nur 700 mittelbäuerliche Neusiedlungen geschaffen, d. h. Stellen von 5 bis 20 Hektar. Dabei ist natürlich abgesehen von der größeren Zahl der Kleinsiedlungen unter 5 Hektar und der Anliegersiedlungen. Das Bild wird noch trüber, wenn man erfährt, daß die Ansiedlungskommission in den letzten 30 Vorkriegsjahren jährlich etwa 1000 Bauern neu angelegt hat. Jährlich 700 neue Bauernsiedler in Preußen! Das ist, gemessen an den Forderungen und Notwendigkeiten des ganzen Volkes, ein geradezu niederdrückendes Ergebnis. Mit gespannter Aufmerksamkeit warten wir auf die Erfolge der beiden letzten Jahre.

Siedlung verhält sich Geld, viel Geld, Reich und Ländchen sind arm. Um so entschuldener muß für ihre Arbeit gefordert werden: so wirtschaftlich wie möglich. Leider kann man nach unserer Meinung der preussischen Siedlung dies Prädikat nicht zuerkennen.

Preußen arbeitet nach dem Prinzip der intensiven Siedlung, d. h. es setzt den Bauer in ein komplett ausgestattetes Anwesen. Haus, Stallung und Scheune, Acker und Wiese, lebendes und totes Inventar, der Ertrag der letzten Ernte, Blumenbeete und Gartenraum: alles fix und fertig, wie aus dem Baumkasten entnommen. Der naive Beschauer wird staunend ein „Bravo!“ rufen.

Der Siedler nicht! Er trägt sich hinter den Ohren. Das Baulastengut, das man ihm da anbietet, ist ein verdammt teures Spielzeug. Wie es da steht, fertig bis auf den letzten Nagel, durchweg um die 15 Hektar groß, kostet es je nach den Umständen seine 30—40 000 Mark und darüber. Die Siedlungsgesellschaft fordert 8, 10 bis 12 000 Mark Anzahlung. Wer das nicht aufweisen kann, muß verzichten. Und welcher Kleinbauer, welcher Landarbeiter kann über eine solche Summe verfügen? Der Landproletariat, der handfeste Kolonistator ist damit von vornherein ausgeschlossen. Das ist unsozial und unwirtschaftlich zugleich.

Vorbildlich scheint uns demgegenüber die oldenburgische Regierung in ihren Moorgebieten zu arbeiten. Sie besorgt die Entwässerungs- und Zuwegungsarbeiten und überläßt alles weitere dem Siedler selbst. Er selbst bringt das Moor Stück für Stück in Kultur; er errichtet, indem er selbst nach Möglichkeit mit Hand anlegt, unter Kontrolle des Siedlungsamtes sein Haus entsprechend seinen persönlichen Bedürfnissen und baut so langsam seine Existenz auf. Das Siedlungsamt gewährt ihm Hausbau- und Kultivierungsdarlehen und zuzufolge zu mäßigen Bedingungen und fordert von ihm erst nach sechs Freijahren und nochmals sechs Schonjahren eine durchaus tragbare Rente. Wer etwas Inventar und ein bis zweitausend Mark mitbringt, kann angekauft werden. Gewiß: kein Los ist hart. Schwer muß er mit dem Boden ringen. Aber er kann es schaffen. Auch der Aermste erarbeitet sich langsam den Besitz seines Gütechens von 10 Hektar und mehr an Moor- oder Heideboden. Wir hoffen, daß die preussische Regierung zum mindesten bei der Auffschließung der Emslandmoore die Methode Oldenburgs beachten wird. Tausende von armen Kleinbauernjöhnen und Landarbeitern der benachbarten Gebiete könnten dann — aber auch nur dann — Haus und Hof erwerben. Siedlung darf keine Angelegenheit von Großbauern werden. Sie ist Sache der Bescheidenen.

Lehtes Ziel der ganzen Aktion ist der Ausgleich zwischen Menschenüberfluß und Menschenmangel. Dabei erhebt sich aber für den ganzen Osten die Frage nach dem Verbleib der gusanjähigen Landarbeiter. Die Aufteilung der Güter lediglich an Mittelbauern mit relativ großem Eigenkapital zwingt die Landarbeiter zur Abwanderung. Der Bauer verdrängt den Landarbeiter. Nicht selten ergibt sich daraus eine Verminderung statt einer Vermehrung der Feuerstellen und der Kopfszahl. Das ist ein unmöglicher Zustand als Ergebnis einer falschen Methode.

Daß Bauernsiedlung und Arbeitersiedlung Hand in Hand gehen können, beweist Mecklenburg. Dort wird bei der Aufteilung eines siedlungstüchtigen Gutes grundsätzlich jeder Tagelöhner, der zustimmt, auf seinem Heimatboden angelegt. Er erhält ein Hektar Land, ein Häuschen, ein paar Tiere, alles zu durchaus tragbaren Bedingungen bei bescheidenster Anzahlung. Ein weiterer Aufstieg ist durch Zupachtung oder Ankauf von Parzellen aus staatlichem Restbesitz gesichert. Mecklenburg hat damit stellenweise die Kopfszahl in seinen Gutsbezirken verdoppelt.

Der Bauer schreit nach Land. Das Land schreit nach Bauern. Das neue Deutschland hat hier alte Schulden zu begleichen. Will es mit der Zahlung hinter Polen und Rußland zurückbleiben?

Der Bauer schreit nach Land. Das Land schreit nach Bauern. Das neue Deutschland hat hier alte Schulden zu begleichen. Will es mit der Zahlung hinter Polen und Rußland zurückbleiben?

Bruhn — Der Held der „Wahrheit“

Vor einigen Jahren hatten wir einmal den Oberantijemiterich Bruhn, der hier für die Deutschnationalen die Trompete blies, etwas derb angefaßt. Ein Beleidigungsprozeß, den er daraufhin gegen uns anstregte, verlief leider im Sande. Ueber die Persönlichkeit dieses Mannes, der sich vor allem durch seinen Kampf gegen die jüdischen „Drückerberger“ auszeichnete, erhalten wir heute den folgenden ausführlichen Artikel. D. R.

Nicht Amüsantes gibt es in der politischen Welt, als wenn sich unsere Nationalisten ihre schmutzige Wäsche wechselseitig um die Ohren schlagen.

Meist ist noch ein strengnationaler Anwalt mit wehender Anoplochgesinnung in die Senerie eingebaut, der in der Hitze des dialektischen Gefechts mit Indiskretionen nur so um sich plätschert. Die Komödie der Hakenkreuzritter wird dann zum Panorama deutschnationaler Gesinnungslandschaften.

Wo die Biedermänner aufmarschieren, bleiben meist dunkle Flecke zurück und die weißen Wästen der Gralskrieger mit Doppelschwert und Pantlonten-Weltanschauung beginnen sich zu illustrieren. Es zieht 10 Meilen gegen den Wind.

Es ist nur zu natürlich, daß die markantesten Schreier meist den schlimmsten Dreck am Stecken haben.

Wer kennt nicht Herrn Bruhn, den Herausgeber des anti-jemittisch-deutschnationalen Standalblattchens: „Die Wahrheit“?!

Bruhn, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter und Spezialist für persönliche Föbelsien, ist ein Mann mit Vergangenheit. Wegen verschiedener Affären haben sich in seliger wilhelminischer Zeit selbst die Konservativen, von gefundem moralischem Säuerer erfaßt, von ihm abgewandt. — Worauf Vater Bruhn als Wildkonservativer in den Wallotbau einzog, bis die Revolution seiner vortrefflichen Firma ein Ende machte. — Die Deutschnationalen

bügelten den ramponierten Ruf des wurmtüchtigen Kämpfers auf neu und geklärt laut man sich wieder in die Männerarme.

Paß schlägt sich. Vor einigen Tagen hat vor dem Schöffengericht in Moabit ein interessanter Prozeß stattgefunden. General v. Minikus, Monarchist bis in die letzten Knochen und Mitglied der deutschnationalen „Volkspartei“ klagte gegen die „Wahrheit“ und ihren Herausgeber, Herrn Bruhn.

Der General klagte, Feld Bruhn verstoß sich, edeltätiger Tradition getreu, hinter seine Immunität. Der „Verantwortliche“ mußte für ihn bluten. — Es ging etwas lebhaft zu vor den Wandbiter Schöffen und als es zu den Waidopers kam, sprang Herr Bloch, der bekannte Femeanwalt als Verteidiger des geschmähten Generals auf und sagte wörtlich Folgendes:

„Herr Bruhn fühlt sich in seiner Immunität anscheinend sehr wohl. Er ist nicht die kompetente Stelle, einem ehemaligen preussischen Offizier zu sagen, wohin er gehöre. Bruhn ist während des Krieges als robuster kräftiger Mensch in der Etappe geblieben, und zwar als Intendanturbeamter.“

Wer schrieb mit germanischer Inbrunst pathetische Druck- und Deckelruten gegen die „jüdischen Drückeberger“ in die Welt hinaus? Herr Bruhn! — Wer rief nach dem „Frontgeist“ wie das verlaufene Kind nach der Mutter? ... Herr Bruhn! — Der Intendanturbeamte Bruhn! Herr Bruhn, der Gappenkämpfer, der Drückeberger mit dem Nachkriegs-Schlingengrabenmaul. Wenn man die Tomahawkschwinger für König und Portemonnaie ihres Phrasenpanzers entkleidet, was bleibt: Ein Häufchen Gemeinheit!

Gasmasken vor, Frontsoldaten!
Kurt Kaiser-Blüth.

Die Auflösung der Gutsbezirke

Der Preussische Minister des Innern hat jetzt die ersten Ausführungsanweisungen zur Auflösung der Gutsbezirke herausgegeben. Es heißt darin u. a., daß grundsätzlich alle Gutsbezirke aufzulösen sind. Die vorgeesehenen Ausnahmen sind nur auf ganz bestimmte wenige Fälle beschränkt, in denen die absolute Unmöglichkeit einer Umwandlung in Landgemeinden oder einer Vereinigung mit anderen Gemeinden besteht. Die Zulassung dieser Ausnahmen dürfte aber keinesfalls dazu führen, daß der Wille des Gesetzgebers, der auf eine umfassende Auflösung der Gutsbezirke gerichtet ist, umgangen wird.

Immunitätsfragen in Frankreich

Poincares Polizei macht Jagd auf kommunistische Abgeordnete
Paris, 10. Januar (Fig. Draht.)

Die beiden Häuser des französischen Parlaments sind am Dienstag wieder zusammengetreten. Dem Brauch gemäß hielten die Alterspräsidenten Begrüßungsansprachen, in denen sie ihrer Zuversicht für die Zukunft Frankreichs und den Fortschritt des Friedens Ausdruck gaben. Zum Präsidenten der Kammer wurde, wie erwartet, der sozialistische Abgeordnete Vuillon mit 340 gegen 20 demonstrativ für den Kommunisten Cachin abgegebene Stimmen wiedergewählt. Trotz der Stimmenthaltung der Rechtsgruppen ist darin eine Anerkennung der unparteiischen und wirksamen Leitung der Kammergeschäfte durch Vuillon zu erblicken.

Im Vordergrund des Interesses steht jedoch das Schicksal der kommunistischen Abgeordneten Cachin, Doriot, Ducloux und Marty, die längere Freiheitsstrafen zu verbüßen haben und nur auf einen Beschluß der Kammer hin aus dem Gefängnis entlassen worden waren, um ihren Abgeordnetenpflichten nachkommen zu können. Hinzu kommt jetzt noch der kommunistische Abgeordnete Bailant-Couturier, dessen Verurteilung wegen antimilitaristischer Agitation während der Kammerferien endgültig geworden ist. Der Ministerrat hat am Dienstag beschloffen, die 5 Abgeordneten, die sich bisher den polizeilichen Nachforschungen entziehen konnten, beim Versuch, in die Kammer zurückzukehren, verhaften zu lassen und diese Maßnahme vor dem Hause zu vertreten. Sollte ein Antrag auf ihre Freilassung gestellt werden, so will die Regierung dagegen die Vertrauensfrage stellen. Die Folge dieses Beschlusses war

eine Art Mobilisierung der Polizei und der republikanischen Garde in Paris. Eine große Anzahl von Agenten in Zivil ist ebenfalls zur Beobachtung der Kammereingänge in Dienst gestellt.

Der Vollzugsauschuss der Sozialistischen Kammerfraktion hat zu dem Beschluß des Kabinetts bereits am Dienstag Stellung genommen und erklärt, daß die kommunistischen Abgeordneten im Augenblick der Sessionsöffnung durch die parlamentarische Immunität geschützt seien. Für den Fall einer Verletzung sollen die Abgeordneten Baron und Ughy den Antrag auf sofortige Freilassung in der Kammer stellen.

Selbst die bürgerliche Linke ist empört

Paris, 11. Januar (Radio)

Der Beschluß des Kabinetts Poincare, die kommunistischen Abgeordneten bei dem Eintritt in die Kammer verhaften zu lassen, stößt heute in der ganzen Linkspresse auf Widerstand. Der Quotidien erklärt, die Kammer brauche nur noch dem Verfolgungswahn der Regierung zu folgen, um ihren moralischen Bankrott zu besiegeln. Das Deuore hält dem Ministerpräsidenten seine Erklärungen vom 23. Juli und 3. November 1927 vor, die er damals bei der Freilassung derselben Abgeordneten in der Kammer abgegeben habe. Damals betonte Poincare, er wolle die Vertrauensfrage nicht stellen, weil die Kammer Herr über ihre Beschlüsse bleiben soll und weil er es sich aus Achtung vor der parlamentarischen Freiheit versagen müßte, ihr seinen Willen aufzuzwingen. Wenn er heute aber plötzlich seine Haltung radikal geändert habe, so sei das nur der Fall, um ein Wandermönder gegen die gesamten Linksparteien zu unternehmen. Seine Vertrauensfrage richtete sich nicht so sehr gegen die Kommunisten, wie gegen die Sozialisten und Radikalen. Die Linksparteien müßten aber unbedingt dieser Falle ausweichen und sollte darüber sogar das Kabinett Poincare gestürzt werden müssen.

Mussolinis Waffengeschäft

Lieferung an alle europäischen Friedensstörer
Paris, 10. Januar (Radio)

Das „Echo de Paris“ weiß zu melden, daß die polnische Regierung auf die Anfrage der Tschchoslowakei geantwortet habe, sie habe keinerlei Waffenbestellungen an Italien vorgenommen. Damit sei die Behauptung der ungarischen Regierung, daß die Waffenlieferungen nicht für Ungarn, sondern für Polen gewesen seien, als unwahr gekennzeichnet. Wie die „Polonit“ mitteilt, haben italienische Waffenfabriken unter stillschweigender Duldung Mussolinis schon in den letzten Jahren Waffen an alle Unruheherde in Mitteleuropa geliefert. Im Dezember 1926 sei auch einmal ein Transport von elf Wagen Kleinkalibriger Geschütze und Maschinengewehre in Kofenheim in Bayern entdeckt worden. Die Lieferungen, die als Fleischkonserven deklariert waren, seien für die rechtsradikalen bayerischen Geheimverbände bestimmt gewesen. Sie seien ohne Aufhebens wieder über die Grenze zurückgeschafft worden. Leon Blum verlangt heute im „Populaire“ in den energischsten Tönen, daß die französische Regierung ihrer Latenzlosigkeit gegenüber den ungarischen Untrieben ein Ende mache. Weder Mussolini noch Bethlen seien geheiligte Persönlichkeiten, gegen die man nicht vorgehen dürfe. Auch ihnen müsse unbedingt klar gemacht werden, daß sie nicht ungestraft den Frieden Europas bedrohen dürfen.

Parteitag in Ungarn

Budapest, 9. Januar (Fig. Draht.)

Von Freitag bis Sonntag tagte hier der Parteitag der Sozialdemokratie Ungarns. Es wurden Resolutionen angenommen, die u. a. die Anerkennung Sowjetrußlands durch die Horthy-Regierung verlangen und den Parteivorstand auf fordern, die Initiative zu einer gemeinsamen Konferenz der Sozialistischen Parteien der Donauländer zu ergreifen. Im Verlauf der Debatte erklärte Abg. Propy per als Referent des Parteivorstandes, daß der Kampf gegen die Konterrevolution künftig nicht nur mit parlamentarischen Mitteln, sondern auch mit Waffen geführt werden solle.

Der Mord in der Balingen Heide

Dokumente zum Fall Jakobowski

Am 9. November 1924 wurde in einem Kaninchenloch bei Balingen die Leiche des vierjährigen Ewald Hagens aufgefunden. Am 26. März 1925 wurde der Erzeuger des Kindes, der russische Arbeiter Jakobowski vom Schwurgericht in Schönbürg zum Tode verurteilt, auf Grund eines angeblich lückenlosen Indizienbeweises. Am 15. Februar 1926 wurde Jakobowski in Strelitz hingerichtet, obwohl er bis zuletzt jede Schuld bestritt. Der leider fast vergessene Fall erregte in den letzten Tagen von neuem Aufsehen durch eine angebliche Selbstbeziehung der noch lebenden Großmutter. Dies Geständnis ist widerrufen. Aber unwiderruflich ist die Tatsache, daß das Verfahren voller Fehler war. Daß man sogar dem Angeklagten, der kaum Deutsch konnte, den Dolmetscher verweigerte, ist der schlimmste darunter. Ein Mensch wurde hingerichtet. Ob er schuldig war, wissen wir heute noch nicht. Das ist jurchibar.

Im folgenden geben wir eine Anzahl Dokumente wieder, die der „Montag-Morgen“ zu der Sache veröffentlicht, zum Teil durch Privatmitteilung. Sie sprechen für sich.

Der „lückenlose“ Indizienbeweis

Josef Jakobowski wurde bekanntlich zum Tode verurteilt und hingerichtet, weil er seinen unehelichen Sohn, den dreijährigen Ewald Hagens, ermordet haben sollte. Der Mord war seit dem 9. November 1924 verschwunden. Das Urteil stellt fest, daß das Kind an diesem Tage gegen 8 Uhr abends zuletzt gesehen wurde. Es stellte ferner fest, daß der Angeklagte

„erst nachmittags gegen 1/2 12 Uhr (von einem Besuch in einem benachbarten Dorf) zurückgekehrt ist, daß er seine Herde auf seiner Dienststelle besorgte, was ungefähr 5 Minuten gedauert hat, daß er dann auf die Dorfstraße gegangen ist und dort bei dem Hause des pensionierten Beamten Burmeister eine kurze Begegnung mit dem Anwalt Hannes Ruppert gehabt hat.“

Später wird — im Gegenfah zu etwas differierenden Aussagen des Angeklagten — festgestellt:

„Nach der glaubhaften Behauptung des Zeugen Böcker, der den Egerischen Stall um 6 Uhr herum betreten hat, ist der Angeklagte erst 15 bis 20 Minuten nach der Ankunft von Böcker in den Stall zurückgekehrt und vor dem Abendbrot nicht wieder fortgegangen.“

Für nicht festgestellt hat also das Gericht gehalten, wo Jakobowski in der Zeit von kurz nach 1/2 12 bis 1/2 1 Uhr gewesen sei, und es nahm an, daß er in dieser Zeit — Weg und Rückweg abgerechnet — seinen kleinen Sohn in die Heide geschleppt und dort ermordet habe. Um 6 Uhr herum nämlich löst der Mord geschah sein. Wie das Gericht zu seiner Annahme über den genauen Zeitpunkt der Tat gekommen ist, ist dem Urteil nicht genau zu entnehmen. Eine Zeugin hat um die fragliche Zeit „aus der Richtung vom Hebelaken her zwei kurz aufeinander folgende jämmerliche Kinderschreie gehört.“

Aus der Unfallgeschichte ist — das Urteil selbst verschweigt das — geht nun hervor, daß die Zeugin diese Schreie nicht um 6 Uhr, sondern um 5 Uhr 45 gehört haben will, also um eine Zeit, in der Jakobowski Aufenthalt noch außer Zweifel stand. Aber während Staatsanwalt und Richter in allen Punkten, die den Angeklagten betrafen, die stille Voraussetzung zu machen scheinen, im Dorfe werde der Zeitpunkt jeder Begegnung auf der Straße und im Stall an der Uhr festgestellt und monatelang im Gedächtnis bewahrt, legt man dieser Differenz keine große Bedeutung bei. In der Unfallgeschichte heißt es darüber:

„Die von der Zeugin angegebene Zeit scheint allerdings nicht ganz richtig zu sein, da die Erdrofflung nicht schon um 5 Uhr 45, sondern erst nach 6 erfolgt sein wird.“

Wesentlich ist der „lückenlose Indizienbeweis“ des Neustrelitzer Oberstaatsanwalts auch in anderen Punkten.

Freilich ist auch ein Zeuge aufgetreten, der Jakobowski gegen 3 Uhr auf dem Wege zu der Werdstelle gesehen haben will. Ueber diesen Zeugen steht im Verhandlungsprotokoll:

28. Zeuge Hannes Hagens — unbeeidigt. „Ich heiße Hannes.“

Auf die Frage nach seinem Alter antwortet Zeuge nicht. Zeuge ist zur Sache vernommen.

Es ist beschlossen und verurteilt: den Zeugen unbeeidigt zu lassen, weil er wegen Verstandeschwäche von dem Wesen und der Bedeutung des Eides keine genügende Vorstellung hat.“

Das Urteil indes legt der Aussage dieses Hannes, der ein Stiefbruder des ermordeten Ewald war, entscheidende Bedeutung bei. Es heißt darüber wörtlich:

„Wichtig ist es nun, daß der Zeuge Hannes Hagens einen geistig zurückgebliebenen Eindruck macht. Vor allem aber hat das Gericht auf Grund folgender weiterer Feststellungen in der Hauptverhandlung dem Hannes Hagens für die von ihm bekundete Tatsache Glauben geschenkt: auf die Frage, ob der Angeklagte ihn fortgeschickt habe und ob er unter den im Saal anwesenden Personen denjenigen wiedererkenne, der ihn fortgeschickt habe, erkannte er sofort den Angeklagten wieder.“

Verhandlungsteilnehmer haben den Vorgang näher geschildert: Hannes, der als Dorfknecht galt, grünte auf die Frage des Vorsitzenden über kein ganzes Gesicht, streckte die Hand gegen Jakobowski aus und rief: „Hi!“

Wenige Wochen später wurde Hannes als unheilbarer Geisteskranker in das Irrenhaus überführt. Einige Wochen zu spät, um medienburgischen Richtern nicht als Kronzeuge in einem Mordprozeß zu dienen, um nicht mehr die Hauptstütze eines Todesurteils zu sein.

Es fehlt hier leider der Raum, um mit allen Beispielen, die möglich wären, die „Lückenlosigkeit“ des Indizienbeweises zu belegen. Aber das Urteil ist aus einem Guß, — in allen seinen Feststellungen. Auch in denen, daß der Angeklagte, dem nicht eine einzige Mißhandlung seiner Kinder nachgelagt wird, der sich nur darüber beklagte, daß die Großmutter die Mimenie, die er bezahle (15 Mark monatlich von seinem 30 Mark betragenden Monatslohn) nicht für die Kinder verwende — ein schlechter Vater gewesen sei. Auch in der Feststellung, daß der Angeklagte, — dem man einen russischen Dolmetscher trotz seiner Bitte verweigert hat, — nur eine faule Anrede brauche, wenn er zu einzelnen Punkten laute, er sei nicht richtig verstanden worden.

Der Gefängnispfarrer schreibt

Ein katholischer Gefängnisgeistlicher, der im Neustrelitzer Zuchthaus Jakobowski religiösen Trost zu spenden suchte, — ein Priester seiner eigenen, griechisch-katholischen Religion war ihm verweigert worden, — hat sich nach der Hinrichtung in einem Brief über den Fall geäußert. Er schreibt:

„Von seinem Rechtsanwalt in Schönbürg, A., habe ich mir erzählen lassen, daß es in der Verhandlung eigenartig zugegangen sein muß. Zunächst wurde dem armen Kerl kein Dolmetscher gegeben — trotzdem er ihn verlangte — unter dem Vorgeben, er spreche ja sehr gut deutsch. Dann ist auch die Zusammensetzung des Richterkollegiums sehr sonderbar gewesen, weil es der erste Versuch mit Schwurgericht am Mordgerichtsort war und mit Laienrichtern durchsetzt, von denen auch durchsaherte, daß der Beschuldigte nicht einwillig gewesen sei. Wir (der evangelische Geistliche und der katholische) waren beide der Meinung, wenn es sich um einen Medlenburger gehandelt hätte, wäre das Urteil nicht vollstreckt worden.“

Wie zuerst der Fall an mich herantrat, habe ich den Herrn Ministerialrat, welcher als Abgesandter der Regierung an den Verhandlungen des Gerichts teilgenommen hat, interpellieren lassen, ob es wohl zur Hinrichtung kommen werde.

Dann hat der Herr erklärt, daß er selbst den Eindruck gleich nach der Verhandlung gehabt habe, daß der Indizienbeweis nicht gelungen sei, und darum staunte er über das Urteil. Hernach suchte er natürlich auch, seine Minister zu bedenken, als die Begnadigung, die er starrer erwartete, nicht erfolgte.“

Bis zur Hinrichtung, die am 15. Februar 1926 auf dem Gefängnis in Strelitz erfolgte, hat Jakobowski beständig die Tat verneint. Die Gefängnisbeamten waren teils fest von seiner Unschuld überzeugt, teils von seiner Schuld nicht überzeugt und ungewiß.“

Der letzte Appell des Verteidigers

Am 15. Februar 1926 wurde Jakobowski hingerichtet. Nicht das Gericht allein war schuldig, nicht nur der Landgerichtspräsident Dr. von Buchka, unter dessen Vorsitz die wiederholten Anträge auf Wiederaufnahme abgelehnt wurden, und der in einem der Ablehnungsbeschlüsse sich selber die ehrenvolle Bestätigung gab, die Verteidigung habe nichts vorgebracht, was „die sorgfältige und wohl begründeten Erwägungen des Schwurgerichtlichen Urteils zu erschüttern geeignet sein könnte.“

Die Schuld teilt sich das Gericht mit der damaligen Regierung von Neustrelitz, die eine Begnadigung abgelehnt und die Hinrichtung verurteilt hat. Die damaligen Neustrelitzer Regierungsmänner können sich nicht mit Unwissenheit entschuldigen.

Sie waren gewarnt! Zwei Tage, bevor die Hinrichtung vollstreckt wurde, hatte der Neustrelitzer Rechtsanwalt, der Neustrelitzer Anwalt Koch in Schönbürg, dem Staatsministerium in Neustrelitz folgenden Brief überreicht:

Schönbürg, 13. Februar.

An das Staatsministerium Neustrelitz

Nach Mitteilung des Herrn ersten Staatsanwalts in Neustrelitz hat das Staatsministerium in der Strafsache gegen den Arbeiter Jakobowski wegen Mordes von keinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht und die Vollstreckung der Todesstrafe verfügt. Die Hinrichtung ist auf den 15. Februar, morgens 7 1/2 Uhr, angelegt.

Als Pflichtverteidiger des Angeklagten will ich in letzter Stunde nicht unterlassen, dem Staatsministerium meine innerliche Überzeugung klar und offen dahin zum Ausdruck zu bringen, daß ich den Verurteilten für ungeschuldig am Mord des Ewald Hagens halte. Mit mir teilen dieselbe Ansicht auch diejenigen Beamten des Gerichts, die Gelegenheiten hatten, mit dem Verurteilten zusammen zu sein. Auch die Beamten der Landstrafanstalt Strelitz-Mst haben mir zum Ausdruck gebracht, daß sie den Verurteilten für unschuldig halten. Der Verurteilte ist 8 Monate hindurch mit einem Korbhüterer Sohn Willy Adler aus Neustrelitz zusammen in einer Zelle in der Strafanstalt Strelitz gewesen. Dieser hat sich auch zu seinem Verteidiger, Herrn Rechtsanwalt Biber-Neustrelitz, dahin geäußert, daß er die feste Überzeugung hätte, daß Jakobowski nicht der Täter und völlig unschuldig ist. Die Wehrzahl der hiesigen Bevölkerung hat seinerzeit einen Freispruch vom Schwurgericht erwartet und würde es bei dem schwachen Indizienbeweis nicht verstehen, wenn das Todesurteil gegen Jakobowski vollstreckt würde.

Es ist dies die erste Hinrichtung, die im Lande Medlenburg-Strelitz stattgefunden hat. Sollte aus irgendeinem Zufall der wirklich Schuldige, den zu ermitteln ich stets bemüht bin, festgestellt werden, so wäre die Vollstreckung dieses ersten Todesurteils höchst bedauerlich und nie wieder gut zu machen. Es ist auch wirklich kein Zufall, daß gerade diejenigen Personen, die mit Jakobowski zu tun hatten, die völlige Überzeugung von der Unschuld desselben haben.

Ich appelliere daher an die Menschlichkeit und das menschliche Mitgefühl der Mitglieder des Staatsministeriums und richte die dringende Bitte im Interesse einer nie wieder gut zu machen den Vollstreckung der Todesstrafe, den Verurteilten noch in letzter Stunde zu begnadigen.

Rechtsanwalt Carl Koch.

Dieser Appell an die Menschlichkeit deutschnationaler Minister ist vergeblich geblieben. Der Herr trat in Aktion.

Ein Brief Jakobowskis

Wenige Tage vor der Hinrichtung schrieb Jakobowski folgenden, kaum verständlichen Brief an seinen Verteidiger. Wir geben ihn wortgetreu wieder, damit der Leser sich selbst ein Bild darüber machen kann, wie Jakobowski die deutsche Sprache beherrschte:

„Herren Rechtsanwalt
ich möchte fragen Warum das von Fritz Hagens Konits in der Frage getom. Was man Ewald Wel getom montach, den Fritz Farr tage wel geweien konits nachaus gingen, bis Herr Gager Miwoch oder donnerstag in Kurdal gisamen um Wel gisich nachaus, den ich Mi denken das Fritz giswas um Ewald abgiblichen Billaich de gaistranken Hannes Hagens Mst gischpil ab umgibrach um Fritz Wegibrach nachheide am Ostlich Man auf jen klein Kind nicht Bagroifen um na kaninchenloch ein schloffen den Man mus eine Verschlan giseweien. Von Paul Krausfeld ich hab zu Oberlabdiager dibbert Herenburg aber gisicht S. Dibbert wohn aber sagen zum H. Rechtsanwalt ich möchte mitteil das mit schroibe Möller ganz andris giseweien, ich habi allai zu H. dibbert gisich Wi ich Mein ich Müchle sie bitten das sie mit Herr Tibbert sprechen draus Herr dibbert alles Was Wi ich gisich ich hab zum dibbert ushon erzenen um das mi Herz schmehe das ich unschuld Verurteilen und ich möchte bitten, men sie kom noch Neustrelitz den ich müdwende Wol sprechen.“

Nach Ansicht des Gerichts aber war ein Dolmetscher überflüssig. Wenn Jakobowski die an ihn gerichteten Fragen nicht verstand, dann „verstellte“ er sich nur. Ob er sich wohl auch verstellte, als er um Rettung für seinen Kopf flichte?

Der arme Buchbinder

Roman von Hermann Horn

43 Fortsetzung (Nachdruck verboten.)

„Kommen Sie, und sehen Sie sich daher. Er ist krank. Sie sind gewiß, Herr Steitner. Ich behandle ihn, und es geht ihm schon besser. Aber natürlich kam er, wie gewöhnlich, zu spät zu mir. Wenn wir ihn erst einmal ins Freie transportieren können, wird's noch ganz anders vorwärts gehen.“

„Kann man ihn nicht sehen?“ fragte der Buchbinder.

„Ich glaube, er wird bald aufwachen. Wissen Sie, die Dame ist gestorben, und da hat er kein Geld mehr. Deswegen hat er's nicht gern, wenn man ihn besucht. Frau Mollenbauer weiß auch nicht, wo er wohnt. Aber ich habe einen postlagernden Brief von ihr geholt. Sie sollen zu ihr kommen, ihr Mann hätte Arbeit für Sie. Ich war auch einmal Buchbinder.“

„So,“ erwiderte der Besucher.

„Ich heiße Bleimann.“

Bevor er weiterreden konnte, machte sich in der flachen Reize eine kleine Bewegung bemerkbar, und er stand auf und stellte sich vor den Schlauch.

„Nun, wie fühlen Sie uns?“

Eine ganz leise Stimme war zu hören.

„Danke, sehr gut.“

„Herr Steitner ist da, wir können schon einmal für eine kurze Zeit den Luftschlauch entfernen, wenn Sie sich doch so wohl fühlen.“

Dann hob Herr Bleimann die Leinwand, die in einem vierseitigen Holzrahmen in die Dachlücke eingefügt war, heraus, und in dem hellen Licht erblickte der Buchbinder nun den Kunst- mauer.

Er lag nadend auf feuchter, klitschiger Lehmerde, und der Tod war deutlich über ihm.

„Hm,“ sagte Herr Bleimann, „es steht viel besser mit Ihnen. Man sieht schon, wie die Erde die schlechten Säfte herausaugt,“

und damit entfernte er die wollene Decke völlig.

Er betrachtete eingehend den Körper und die Glieder des Kranken, an denen kein bißchen Fleisch mehr war, und deckte ihn anscheinend befriedigt wieder zu.

Jetzt hob der Maler seine Augen auf, in deren leblosem, schalenem Glanze der Tod am deutlichsten lag, und sprach mit seiner leisen Stimme: „Der Herr Steitner!“

„Einen Augenblick darauf schloß er die Augen und ließ das weiße Totenanktich, um das der Bart unbekümmert um den Verfall alles anderen Lebens nach allen Seiten gewuchert war, noch mehr zurücksinken.“

„Sie haben schon recht gehabt, daß meine Malerei keinen Saft und Kraft hat. Ich male gar nicht mehr. — Das ist das Schlimmste. Ich werde jetzt nur gesund. — Ich werde doch, Herr Bleimann?“

„Darüber besteht kein Zweifel! — Wissen Sie nicht? — Was ist meine Frau für ein Käse, und sie war noch schlimmer dran wie Sie. Licht — Luft — Erde — die drei Dinge braucht der Mensch — und die haben Sie durch meine Anweisung jetzt, Gott sei Dank. Mehr Luft bekommen Sie noch, sowie man Sie auf unsern Waldplatz bringen kann.“

Der Maler lächelte wohlgefällig vor sich hin.

„Vielleicht morgen — Herr Steitner kann helfen, mich hinaustragen. Weiß er wegen Frau Wagner?“

„Alles hat' ich ihm erzählt. — Sie leben jetzt bloß für Ihre Gesundheit. Religion — alles andere kommt, wenn Sie erst wieder gesund sind.“

„Vielleicht nehmen wir jetzt den Luftschlauch wieder,“ sagte der Maler und hatte Leopold Steitner, den er einst so heiß belehren wollte, längst vergessen, während er den Kopf in den Sand steckte und nach der Vorbeschrift Herrn Bleimanns sanft und regelmäßig zu atmen begann.

Später sah Leopold Steitner noch in der Kammer des Herrn Bleimann, wo dessen Frau, ein plumpes, dickes Weib mit breitem Gesicht und eingefallener Nase, gemahlenes, ungekochtes Schrotkorn kante, während ihr Mann mit starrem Ernst Kräuter sortierte für ein Bad, das ein anderer Patient gebrauchen sollte.

Als der Buchbinder gegen Abend in seine Kammer kam, sah der Tagelöhner, der sie mitbewohnte, in schmutzigen Stiefeln ungewaschen auf seinem Bett, trank Bier aus einer Flasche und rauchte dazu.

Er sah garnicht nach dem Eintretenden hin und nickte nur auf dessen Gruß.

Nach einiger Zeit guckte ein langer Mensch zur Tür herein, grüßte den Buchbinder höflich und wandte sich an den Erdarbeiter.

„Nix bei euch frei, Karle? — Ich han immer noch toi Arbeit.“

„Nol.“

„Holt da König g'leß“ — — — er lächelte dabei.

„Dred.“

„Wasscht bei der Arbeitslosenversammlung?“

„Dred, i will von bene nix wisse — —“

Der Lange lachte wieder.

„Kaufschit toi Browningspistol — i geb' se um zwanzig Mart — mi hei je fünfundsierzig kostet — i kann dir d' Rechnung zeige — i gäbe' se net her, wenn i net müß!“

„Wasscht g'lscht bei Geld für so 'n Dred aus —“

„Wieder lachte der Lange und wollte gehen, da sagte Leopold Steitner: „Ich nehme sie.“

„Wenn Ihr wollt,“ sagte der andere rasch, „aber bar Geld.“

Der Buchbinder zog schon seinen Geldbeutel, wo er gerade noch so viel Gold- und Silbermünzen von dem im Gefängnis ersparten Gelde hatte.

Dann hol er sie, sagte der Mann eilig und verschwand.

Der Erdarbeiter warf sich aufs Bett, drehte sich gegen die Wand, und man hörte ihn noch einmal „Dred“ sagen, bevor er zu schnarchen begann.

Der Lange brachte dem Buchbinder die Pistole und die Patronen und erklärte ihm die Einrichtung.

Aber der Käufer hörte kaum, was man zu ihm sagte, und gab nur rasch das Geld her, mit dem der andere eiligst verschwand.

Als Leopold Steitner im Bette lag, die Pistole unter dem Kopfkissen, fragte er sich: „Wozu hast du nur das Ding gekauft?“

Da bekam er ein wildes Herzklopfen.

Er kämpfte dagegen an, und als er es bezwungen hatte, und wie so oft einsam in die Dunkelheit starrte, die ringsum von der Schwüle der Sommernacht belagert lag, hörte er draußen die Stimme des Herrn Bleimann.

„Es ist seine Schuld — da hat er's nun — wenn er gestern nicht schwach gewesen wäre und Fleisch gegessen hätte, wäre er nicht gestorben.“

Dann ging die Kammertür.

War der Maler gestorben?

Allelei Geräusche drangen neben den tiefen Atemzügen des Erdarbeiters zu ihm hin und Tritte stampften langsam die Treppe hinunter, als trügen Menschen etwas Schweres.

Der einsame Käufer wagte nicht aufzustehen und schließ endlich ein.

(Fortsetzung folgt)



Partei-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein Lübeck

Telefon 2148.
11-1 Uhr im 1. Obergeschoss nachmittags geschlossen.

Bürgerchaftstraktion!

Freitag abend 8 Uhr: Sitzung im Rathaus. Vollständig und pünktlich erscheinen.

1. Distrikt. Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung der tätigen Genossen und Genossinnen bei Stallbaum, Paulwartstraße. Neuwahlen, Verschiedenes.

2. Distrikt. Versammlung der tätigen Genossen und Genossinnen am Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Wahren, Verschiedenes, Erscheinen Pflicht.

1. Distrikt. Donnerstag, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr bei Eggers, Stapelstraße: Versammlung der tätigen Genossen und Genossinnen. Neuwahlen, Verschiedenes, Erscheinen Pflicht.

1. Distrikt. Freitag, den 13. Januar, 7 1/2 Uhr: Versammlung der tätigen Genossen und Genossinnen im Nordischen Hof, Hakenstraße. Neuwahlen, Verschiedenes, Pünktliches Erscheinen Pflicht.

Schlusstag. Sozialdemokratischer Verein. Heute, Mittwoch abend 8 Uhr bei Saborowski Mitgliederversammlung. Erscheinen Pflicht.

Proletarischer Sprechchor

Freitag, den 13. Januar, abends 8 Uhr: Übungsstunde im Gewerkschaftshaus. In dieser Zeit wiederholen wir die Aufführung „1914-27“ in Schwarzlau. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, daß alle Mitglieder, besonders die Sängler, zum Leben erscheinen.

Sozialdemokratische Frauen

Küdnitz. Sonnabend den 14. Januar, abends 8 Uhr: Gemüthlicher Abend im Dieckmanns Gasthof. Die Frauengruppen der Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen.

Seeretz-Dänischburg. Wir beteiligen uns an dem gemüthlichen Abend der Küdnitzer Frauengruppe. Sammeln 6 1/2 Uhr beim Gen. Cordis. Der Vorstand.

Sozialistische Arbeiter-Jugend

Am eam. Johannisstraße 43.
Zweckstunden: Montag und Donnerstags von 6 1/2-7 1/2 Uhr.

Abend. Funktionär. Am Freitag abend um 8 Uhr wichtige Funktionärstreffen im Jugendheim, Königstraße. Funktionärarbeitskreis ist voranzutreiben. Pünktlich. Warten, den 13. Januar treffen wir uns 7 1/2 Uhr an der Schule. Wir gehen dann zur Parteiverammlung.

Motivtag. Am Donnerstag, dem 12. Januar, abends 8 Uhr findet die Generalprobe zu unserer Eltern- und Herberabend (Sonnabend, 14. Januar) im Koffelhaus statt. Sämtliche Spieler müssen mit ihren Spielzeugen zur Stelle sein. Am Donnerstag muß auch der Vorverkauf beendet sein.

Motivtag. Am Mittwoch, dem 11. Januar, abends 7 Uhr, kommen wir zum Motivatend in der Holstener Schule zusammen. Von 8 Uhr ab wird für den Elternabend geübt. Sämtliche Spieler müssen pünktlich zur Stelle sein. Die Rollen müssen selbst besprochen werden!

Stoffwechsel. Am Donnerstag abend 8 Uhr Diskussionabend über die Arbeitslosigkeit. Die Teilnehmer an der Antirezessionskonferenz in Proben bitte zu 11 Uhr für Arbeit und Essen nicht vergessen.

Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Rindbrettreunde

Donnerstag, den 12. Januar, nachm. 6 Uhr: Parlamentssitzung im Jugendheim, Königstraße 97. Kommt alle!

Gewerkschaftliche Mitteilungen

Verband der Maler. Jugendgruppe. Monatsprogramm für Januar: 16. Jan.: Abend für Gesellschaftliche. 22. Jan.: Wanderung durch Westsiedler Gehöft. Abends 8 Uhr von der Mollstraße. 23. Jan.: Musikalische Unterhaltung. 30. Jan.: Monatsversammlung. Sämtliche Abendveranstaltungen im Jugendheim, Königstraße 97.

3. d. H. Jugend. Am Donnerstag, dem 12. Januar findet unsere Jahresversammlung statt.

Metallarbeiter-Jugend. Donnerstag, 8 Uhr: Vortrag des Gen. Mantel. Da. Ergebnisse aller Vorträge im Pflicht.

3. d. H. Donnerstag, den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr: 1. Pflege des Wandersports. 2. Besprechung eines Elternabends. Alle, die mitwirken wollen, müssen sich melden. Empfang der Karten für die Augenbühne (20 Pf.).

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Geschäftsstelle Hundestr. 52

Geöffnet von 11-1 und von 3-6 Uhr

1. Dist. 5. Kam. Markt. Sonnabend, 11. Januar, abends 7 1/2 Uhr in der Schulstraße Gemüthliche Versammlung. Vortrag des Kam. Fr. Leber. Die 6., 7. und 8. Kameradschaft ist hierzu eingeladen.

1. Dist. 9. Kam. Freitag, den 13. Januar 7 1/2 Uhr abends Versammlung im Adlershorst.

Jugendbanner. Monatsabrechnung für die Gruppenführer am Donnerstag, dem 12. Januar, abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. Der gesamte Parteilandschaft ist mitzubringen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Jugendgruppe des Arbeiter-Affiliaten-Bundes. Am Donnerstag, dem 12. Jan., pünktlich 8 Uhr im Jugendheim, Königstr. 97, Vortrag des Gen. Engelmann. Thema: Die technische Handhabung der politischen Gefangenen. Alle proletarischen Jugendorganisationen sind hiermit herzlich eingeladen. Am pünktlichen Erscheinen wird dringend gebeten.

Städtetheater. Am Donnerstag findet als 2. Vorstellung im Donnerstag-Abend die erste Wiederholung des großen Kriminalstückes „Der Herr der Welt“ statt. Am Freitag, dem 13. Januar geht zum ersten Male „Der Herr der Welt“ vor. In der Hauptpartie sind beschäftigt die Damen Böhle, Grünwald, Krenscheldt und die Herren Aufschmann, Wähm, Drehschütz, Günther und Rehtemper. Die musikalische Leitung hat Adolf Hornow. — Kammermusik: Freitag, den 13. Januar, 20 Uhr: „Dionysos“, Komödie von Verneil-Holten.

Amtlicher Teil

Öffentliche Sitzung des Verwaltungsgerichts am Donnerstag, dem 12. Januar 1928, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Verwaltungsgebäude, Fleißhauerstraße 20, Zimmer Nr. 25.

Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter

Anträge auf Legitimierung ausländischer Arbeiter oder auf Erneuerung von Legitimationskarten und Bezeichnungsscheinen für solche Arbeiter sind im Dienstgebäude in der Kapitelstraße Nr. 6, 1. Stod, dem Polizeiamt bis zum 28. Februar 1928 einzureichen. Dasselbit können auch die Vorarbeiten über die Inlandslegitimierung ausländischer Arbeiter eingesehen werden.

Lübeck, den 10. Januar 1928

Das Polizeiamt

Durch Ausschlußurteil vom 5. Januar 1928 ist der Hypothekendirektor über die im Grundbuch von Lübeck, Blatt 44 in Abt. III unter Nr. 7 für die Spar- und Leihkasse in Wölln eingetragene Hypothek von 2500.— G.M. für kraftlos erklärt.

Lübeck, den 10. Januar 1928.

Das Amtsgericht, Abteilung 6.

Durch Ausschlußurteil vom 5. Januar 1928 ist der Hypothekendirektor über die im Grundbuch von Lübeck, St. Gertrud, Blatt 1253 in Abt. III unter Nr. 7 für die Ehefrau des Kaufmanns Gustav Bartels, Johanna geb. Hennings, Lübeck, zu Vorkauf des Grundstücks Kottwitzstraße Nr. 6 eingetragene Hypothek von 4000.— M. für kraftlos erklärt.

Lübeck, den 9. Januar 1928

Das Amtsgericht, Abteilung 6

Nichtamtlicher Teil

Hans Peter Die glückliche Geburt eines zweiten Sonntagsjungen setzen hocherfreut an Albert Johans und Frau Gertrud geb. Bock Travemünde.

Gründl. Klavierunterricht erteilt Mariechen Reemer Marquardstraße 21, pit.

333 4 M. an 585 8 M. an

300 Ringe am Lager Junghans-Uhren varantle-Wecker Bestecke

800 Silber - 90 versilb M. Schultz, Uhrmacher. Ob Johannisstraße 20

Patent-Matrasen Polster-Auflagen Matrasen-Mühle

Antere Hundestr. 54 Lübecker Stahl-eder-Matrasen-Fabrik

Teppich, Kalerol, bl. Nadeln, Warendes, Saedert, Smoting zu vt. u. 6 Uhr. Geordesstr. 53, 11.

2 pa. Federbetten (neu, 2 schäl, jedes) 13 u. 15 M. Mariesgrube 6, 1. Etage

Man -Hahne, Käff., e. u. B. Sandhamonita zu vt. Wafenstr. 38.

Travemünde Donnerstag Ferkel zu vt. Braaschs Gasthof.

Bankhaus Fritz Kiemstedt

Kommandit-Gesellsch. Lübeck, Holstenstr. 5. Telefon 23972, 23973

Giro-Verkehr Eröffnung von Scheck- und Kontokorrent-Konten

Eröffnung von Spar- und Depositen Konten, verzinst vom Tage der Einzahlung

Beste Zinssätze Effekten-Verkehr Hypotheken-Ankauf und Beleihung

Gemäß § 93a des Genossenschafts-Gesetzes hat sich die

Elterngemeinschaft, Vorschuß- und Kreditverein zu Lübeck, e. G. m. b. H., Breite Str. 35, am 31. Dezember 1927 mit der unterzeichneten Genossenschaft verschmolzen.

Etwaige Gläubiger der Elterngemeinschaft werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche unverzüglich anzumelden.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.

Antauf u. Verkauf von Grundstücken. Vermittlung von Hypotheken. Einziehung von Pfandständen übernimmt

V. Behrens Haus- und Hypotheken-Makler Mühlenstraße 29. Fernruf 23485.

Glas schreiben aller Art

Ritt u. w. O. Tauchnitz Glashandlung, Fernruf 26708, Fleißhauerstr. 35 Bilder-Einrahmungen.

Kinder-Beistellen weiß, mit Gitter, von 14.- bis 65.-

Große Beistellen von 11.75 bis 75.-

Gebrüder Hestl Untertrave 111/112 1. Stod, kein Laden, b. d. Holstenstr.

In der Theaterkause fühlt jeder sich zu Hause

Das Taschenbuch der Arbeit 1928

Kalendarium mit wertvollen Textbeiträgen

Preis 75 Pfg. Buchhandlung Lübecker Volksbote

Johannisstraße 46

Schnell, gut und billig

erhalten Sie Ihre Schuhreparaturen in meinen Werkstätten

Adlerstraße 37, Ecke Wickedeßtr. und Fünfhausen 7

Zur Verarbeitung gelangt nur erstklassiges Material. Spezialität: Genähte Sohlen.

B. Dittmer

Werbt unablässig für eure Zeitung!

in langjährig bewährter Qualität

Adolf Borgfeldt, Lübeck Fernruf 25886

Leder-Gohlen

Ausschnitt und Stepperer

Bischoff & Krüger Königstraße 93 Ecke Wahrenstraße

Harry Domela Der falsche Prinz Kartoniert

Lübecker Volksbote

Johannisstraße 46 Fernruf 25351-53

ADLERSHORST

Morgen Donnerstag u. jeden Sonntag finden die beliebtesten Tanzabende statt

N. B. Für Stimmung sorgt die Hauskapelle Beginn 8 Uhr

Stadtmusik

Heute der beliebte heitere

Familien-Abend

Januar-Programm

4 Uhr: Tanz-Tee

Kännchen Kaffee 60 Pfg. Kein Gedeck

Kasino D.D.D.

3. musikalische Feierstunde und Eröffnungabend der Volkshochschule

Kammermusikabend am Sonnabend, dem 14. Januar, 15 Uhr, im Lesesaal der Stadtbibliothek.

Karten f. Mittel. 70 % für Nichtmitgl. 1.- M.

Deutscher Verkehrsband

Ortsverwaltung Lübeck

Am Freitag, dem 13. Januar, abends 8 Uhr, findet im Restaurant von Carl Schlüter, Bedergrube 57, die im Januar fällige

Spieltarten

gut und billig

Buchhandlung Lübecker Volksbote

Johannisstraße 46

Zigaretten Zigarren

C. Wittfoot Ob. Müxstr. 18.

Kronsforde

Der diesjährige

Gr. Mastenball

vom Arbeiter-Radfahrer-Berehn findet

am 12. Februar

Königs Totalitäten statt

Seeleute! Deutscher Verkehrsband

Abteilung Seeleute

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, d. 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Rubach (Inh. H. Lenschow)

Kl. Altjahre 23

Tagesordnung:

1. Was bedeutet für den Seemann die Seerantentasse?

Referent Reichsabteilungsleiter Kollege Franz Köhler

2. Verschiedenes. Mitgliederbücher sind vorzuzeigen.

Die Ortsverwaltung

Stadtheater Lübeck

Mittwoch, 20 Uhr: Die Frau ohne Ruh (Operette)

Ende 22.30 Uhr

Donnerstag, 20 Uhr: Der Heger Kriminalstück

Freitag, 20 Uhr: Ein Mastenball (Oper)

Freitag, 20 Uhr: Kammerspiele: Dionysos Komödie

Für Jugendliche nicht geeignet.

Sonnabend, 15.30 Uhr: Auf Schiffsdeck Abenteuer (Kinderdarstellung)

Sonnabend, 20 Uhr: Das Glöckchen des Eremiten (Komische Oper)

Sonnabend, 20 Uhr: Kammerspiele

Frühlingserwachen (Kindertragödie) Für Jugendliche nicht geeignet!

Färberei Lehfeldt

Anzug bügeln 2.- RM

Läden in allen Stadtteilen Fernruf 26520

GEWERKSCHAFTS HAUS

JOHANNISSTRASSE 50-52

Wandschmuck

Künstler-Steinzeichnungen

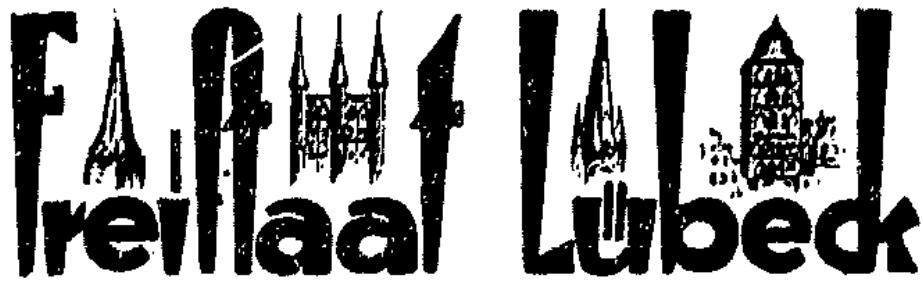
BUCHHANDLUNG Friedr. Meyer & Co. JOHANNISSTRASSE 46



Brauerei zur Walkmühle

H. Lück

Aktiengesellschaft



Die Standesherrn

Jetzt kommen nach den deutschen Fürsten
Nun auch die deutschen Standesherrn,
Um uns ein bißchen abzubürsten.
Das seht uns grad'. Das ham wir gern.

Da seht die Brüder nun verwundert,
Und ihr Verdienst ist einzig dies,
Dah mal im Jahre vierzehnhundert
Ihr Vorfahr Karl der Saure hieß.

Der sah als Fronherr auf dem Thronen
Und soll sich voll und kraß sich die,
Dafür verlangt das Erbschloßchen
Moneten von der Republik.

Ihr Salu von Salms, ihr Clowns des Landes,
Ihr seid verteuft und obern,
Wir sehn in euch nicht mehr die Standes,
Wir sehn die Unanstandesherrn.

Hans Bauer

Der Fernsehfer

Da ich schon manches im Leben entdeckt habe, nahm ich mir in den ersten Tagen des neuen Jahres vor, den Fernsehfer zu erfinden. Es war natürlich ein wenig Berechnung dabei, denn ich wollte Geld verdienen, und mit gewöhnlicher Arbeit ist es nicht leicht. Zum Spitzbuben aber fehlt es mir an Talent. In heutiger Zeit gehören auch noch eine große Dosis Selbstbewußtsein und 'ne Menge feiner Klären dazu, um eine Zeitlang falscher Prinz zu sein. Hinterher muß man dann 'ne ganze Lebensgeschichte schreiben, das ist mir zu langweilig, und mein Leben auch, zumal ich keinerlei Putsche mitgemacht habe und nicht einmal Mitglied irgendeiner geheimen verfolgten Organisation gewesen bin. Sie konnten mich dort nie gebrauchen! -- Und dann schließlich noch 'ne Rolle als Filmstar, das ist auch so 'ne Sache.

Also ich ging an den Bau eines Fernsehfers, und die Sache glückte über alle Massen. Das Instrument arbeitete fabelhaft!

Zuerst stellte ich auf die Marienkirche ein. Da kam mir aber die Kirchenkanzlei dazwischen. Donnerwetter, wurde da gearbeitet! Ganze Stöße von Kirchensteuerezzellen, die zu weiterer Bearbeitung an das Finanzamt gehen, lagen abhandbereit und frische Stöße wurden dazu vorbereitet. Wenn da der Staat nicht helfen würde, käme wohl wenig davon ein. Aber verstehen kann ich diese Hilfe nicht, denn der Staat treibt doch auch die Beiträge für andere Vereinigungen nicht durch das Finanzamt ein.

Ein Blick in verschiedene Behörden hinein war nicht sehr kräftlich. Man überlegte sich scheinbar überall angestrengt, wie man sich bei der Verwaltungsreform erhalten könnte. -- Es ist verständlich, denn wer möchte sich wohl gerne verdrängen lassen? -- Nicht einmal erster Klasse! -- Andere grübeln sogar noch darüber nach, wo sie einen zweiten oder dritten Sekretär (es kann auch ein Obersekretär sein) -- herbeikommen können, den sie seit Jahren (!) so dringend gebrauchen. -- Als ich aber in die Registraturabteilung hineinkam, wurde ich beschämt. Welcher Kaufmann würde wohl jeden Brief 10. Rangens zu den Akten legen? -- Bewilligt Papierkörbe, liebe Bürgerschaft, recht große, wo etwas hineingeht, dann kann es besser werden, sonst brauchen wir auch in Zukunft immer mehr Beamte zum Ordnen dieser wertvollen Schriftstücke. In der Heizung ist viel Platz! Was man sucht, ist nämlich doch nie zu finden, also nicht zuviel aufheben!

Eine gefährliche Entdeckung machte ich nebenbei. Ein ganz bedeutender Sozialistenführer sah bei der Konstruktion eines Fernsehfers. Früher hatte der Herr einmal auf unsere Karte gekippt, war nichts dabei geworden und wollte nun feststellen, wie die nächsten Wahlen ausfallen würden, um für die richtige das Wahlblatt herauszugeben. Aber die Geschichte funktioniert vorläufig noch nicht. Man muß ihn aber im Auge behalten.

Bei der Lübeck-Neustädter Bahn guckte ich auch schnell einmal ein. Ich will verraten, daß man sich erstlich bemüht, vernünftig zu werden. Es besteht demnach Hoffnung, daß der Tüll-Eulenspiegel-Streich der Umsteigererei in Bad Schwartau aufhören wird. Die Gesellschaft war ordentlich fleißig bei der Arbeit. Sie schien ihr Freude zu machen! --

Was ich sonst noch alles gesehen habe? -- Das kann ich wirklich nicht sagen. Es geht wirklich nicht an, daß jeder Hinz und Kunz seine Grete vorher in der Badewanne seht.

Damit aber alle Gemüter sich wieder beruhigen, teile ich noch mit, daß ich den Apparat zerlegt habe, damit er nicht auf ungewöhnlichem Wege doch in falsche Hände gerät und mißbraucht wird.

U. H.

Unfall auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte

Nach § 545a RVO. werden auch Unfälle auf dem Wege nach und von der Arbeitsstätte durch die Unfallversicherung erfasst. Eine Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaft kommt aber nur dann in Frage, wenn sich der Unfall auf einem Wege ereignet, der mit der Beschäftigung in dem versicherten Betriebe zusammenhängt. Ein solcher Zusammenhang muß nach Ansicht des Reichsversicherungsamts in örtlicher, zeitlicher und ursächlicher Beziehung bestehen. Eine Unterbrechung des Weges zur Arbeitsstätte nimmt diesem Wege selbst keine Eigenschaft, wenn sie verhältnismäßig kurz ist und zum Teil in innerer Beziehung zu der Beschäftigung im Betriebe steht. (Entscheidung des RVO. vom 2. Mai 1927.) Auch bei einer Unterbrechung des Heimweges von der Arbeitsstätte kann der Rest des Weges als zusammenhängend mit der Beschäftigung im Betriebe betrachtet werden. In diesem Sinne hat das Reichsversicherungsamt in einer Entscheidung vom 17. März 1927 entschieden. Das Reichsversicherungsamt hat ferner in anderen Entscheidungen zum Ausdruck gebracht, daß der Beschäftigte nicht verpflichtet ist, allgemein benutzte oder öffentliche Wege zu benutzen, daß Verstöße gegen strafrechtliche Vorschriften oder Verbote, die sich auf dem Wege ereignen, die Annahme eines Betriebsunfalles nicht ausschließen, sowie, daß eine unwesentliche Aenderung des Weges ohne Einfluß bleibt.

Zur Verwaltungsreform

Es ist nicht zu leugnen, daß bisher die von allen als notwendig bezeichnete Verwaltungsreform nicht recht vom Fleck gekommen ist. Weder in Lübeck noch anderswo. Geschrieben und geredet ist darüber schon so viel, daß man eigentlich jetzt bald einschneidende Taten erwarten müßte. Die sind aber erheblich schwieriger wie das Gerede, das sich ja schon macht, aber oft recht wenig die tatsächlichen Verhältnisse und Bedürfnisse berücksichtigt.

Das Verlangen nach einer Reform der Verwaltung tritt überall besonders stark hervor in dem Augenblick, da die Beamten und Angestellten eine Erhöhung ihrer Bezüge erhalten sollen. Das ist begreiflich, denn die Steuerzahler müssen ja die Mittel dafür aufbringen. Eine gerechte Beurteilung der Dinge wird aber immer etwas beeinträchtigt, wenn dabei der Unwille über neue Lasten misshandelt. Und so scheint mir, als wenn schon heute die ganze Angelegenheit in ein etwas getrübbles Fahrwasser gekommen ist.

Im Reich tönt am lautesten der Ruf nach einer Verwaltungsreform. Aber dahinter steht noch etwas anderes. Nämlich das Bestreben, das ich gern als berechtigt anerkennen will, der gegenwärtigen Verstaaterei ein Ende zu machen und ein einheitliches Deutschland zu schaffen. Nun wird unter anderen für die dringende Notwendigkeit der Verwaltungsreform hauptsächlich angeführt, die große Zahl der Minister, Senatoren und Abgeordneten. Sicherlich nicht unberechtigt, wenn auch finanziell nicht so besonders bedeutungsvoll, wie es hingestellt wird. Und mit den Senatoren ist es doch wohl so, daß sie auch dann, wenigstens zu einem großen Teil, da sein müßten, wenn Lübeck, Hamburg und Bremen keine Länder, sondern Gemeinden wären, die doch auch eine Verwaltung haben müßten. Also selbst in einem einheitlichen Reiche könnten die Hauptstädte nicht auf ihre Senate oder Magistrats und auch nicht auf ihre Bürgervertretungen verzichten.

Das Reich trägt aber auch in erster Linie die Schuld daran, daß die Städte ihren Verwaltungskörper über das natürliche Maß hinaus vergrößern mußten. Eine Fülle neuer Aufgaben sind den Ländern und Gemeinden übertragen worden. Wenn man beispielsweise erwähnt, daß, ohne die Nachbittwilligkeiten die Lübecker Behörde für Arbeit und Wohlfahrt im laufenden Jahr gegenüber 1911 ein Mehr von 7340 905 RM. beansprucht, so kann schon daraus entnommen werden, wie viel umfangreicher ihre Geschäfte infolge des verlorenen Krieges, der Geldentwertung usw. geworden sind. Die Sozialdemokratie ist stets dafür eingetreten, daß die staatliche Fürsorge ausgebaut werden sollte und selbstverständlich mußte sie dann auch die Kosten für die Verwaltung mit bewilligen. Ebenso ist auf dem Gebiete des Schulwesens ein gewaltiger Ausbau erfolgt; es sei nur an die Fortbildungsschulen für ungelernete Arbeiter und für Mädchen erinnert, die die Aufstellung zahlreicher

Alle diese Fragen, über die man natürlich zurechtener Meinung sein kann, werden nur bei sachlicher Behandlung geklärt werden. Ihre Verquickung mit Vorwürfen gegen Personen und Instanzen wirkt nicht immer förderlich, zumal wenn solche Vorwürfe unberechtigt sind. Solche unberechtigten Vorwürfe enthielt aber der Artikel, den Genosse Dr. Leber im Volksboten am letzten Freitag veröffentlichte. Ich muß darauf etwas eingehen, weil ein falsches Urteil über die geleistete Arbeit und die Möglichkeiten der Verwaltungsreform überhaupt entstehen konnte. In dem fraglichen Artikel wird behauptet, daß Senat und Beamtenskommission jede Reform von vornherein in das Geckrüpp führen, in dem es schließlich kein Zurechtfinden mehr gibt. Wenn man den Sinn dieses treuherzigen Satzes zu ergründen versucht, so scheint mir: darin die Unterstellung zu liegen, als wenn Senat und Beamtenskommission überhaupt keine Verwaltungsreform wollen. Im Senat sitzen jedoch fünf Sozialdemokraten, der Vorsitzende des Senates gehört zu ihnen, ebenso der Vorsitzende der Beamtenskommission. Kann im Ernst wirklich jemand glauben, daß diese Sabotage an der Verwaltungsreform treiben? Schwerlich! Allerdings suchen sie sich ein Urteil über die gegebenen Möglichkeiten durch die erworbenen Erfahrungen zu bilden. Das wird in dem erwähnten Artikel wohl mit Messer und Gabel gemeint sein. Ganz gewiß kommt man schneller zu Entschlüssen, wenn man aus dem Uebel der Natur urteilt, aber ob mit diesen Entschlüssen etwas gebeitert wird, ist mindestens fraglich.

Sehr gewundert habe ich mich darüber, daß dem Genossen Dr. L. jetzt die Meinung gekommen ist, daß nur über Bürgerparast und Haushaltsausgleich das Heil zu erwarten ist. Ich darf wohl daran erinnern, daß gerade der Senat die Frage der Verwaltungsreform der Bürgerschaft zur Behandlung übertrug, daß aber die sozialdemokratische Fraktion nicht damit einverstanden war, sondern die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission forderte. Der Senat ist diesem Verlangen nur ungern nachgekommen. Daraus kann man ersehen, wie wenig begründet der Vorwurf ist, der Senat und die Beamtenskommission hätten die Reform in das Geckrüpp geführt.

Große Hoffnungen setzt Genosse L. auf den Abbau der angeblich zu vielen höheren Beamten. Ich nehme an, der Verfasser kennt ihre Zahl. Wenn man vom Gericht, den Lehrern und den Heilanstalten abzieht, also im wesentlichen die in der Verwaltung stehenden höheren Beamten in Betracht zieht, so handelt es sich um etwa 20. Die Abbaumöglichkeit ist also sehr gering und dementsprechend die Ersparnisse, die man erzielen kann. Im übrigen bin ich der Auffassung, daß man die höheren Beamten starkes Anrecht hat, wenn man es so hinstellt, als ob sie leicht entbehrlich wären und ihre Arbeiten ohne weiteres von anderen mit übernommen werden können. Selbstverständlich müssen auch die Stellen höherer Beamter eingehen, aber nur dann, wenn sie ohne Schaden für die Verwaltung entbehrt werden können.

Das finanzielle Ergebnis, das man selbst beim Abbau aller höheren Beamten erreichen könnte -- also ein unmöglicher Fall -- wäre im Verhältnis zum Gesamtbudget oder auch nur zu den gesamten Personalkosten so bescheiden, daß es garnicht ins Gewicht fällt. Mich hat deshalb auch das törichte Gerede von der "Oberbeamtenclique", welche die Verwaltungsreform hindert, etwas peinlich berührt. Ich meine, war bessere Vorschläge weiß, der soll damit nicht hinter dem Busch halten; hat er aber keine, so muß er sich wenigstens Beschränkung in der Erhebung von Vorwürfen gegen andere auferlegen, die Vorschläge gemacht haben.

Mir ist nicht bekannt, welche Reformvorschläge noch von anderer Seite kommen werden. Jedenfalls sehe ich nicht allzu große Erwartungen darauf, nachdem sie bisher noch nicht das Licht der Welt erblickt haben. Im "General-Anzeiger" wird angeregt, gewisse höhere Beamte in den Senat zu übernehmen. Wenn der Senat nur eine Stadtverwaltung wäre, ließe sich darüber reden. Da er aber auch zugleich Landesregierung ist und politische Funktionen auszuführen hat, scheint mir das bedenklich. Zum Abbau des Senats und der Bürgerschaft will ich mich noch nicht äußern. Hier sprechen andere Erwägungen mit als bei dem anderen Teil der Verwaltungsreform.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß Lübeck sowohl mit seinen persönlichen Verwaltungskosten wie mit der Behandlung der Verwaltungsreform nicht ungünstig dasteht. Auch in vielen anderen Städten und Ländern wird dieses Problem zu lösen versucht, ohne daß man bisher vorbildliche Ergebnisse erreicht hat. Das ist gewiß nicht befriedigend, aber es sollte doch erkennen lassen, daß kein Grund besteht, so zu tun, als ob es hier bei uns besonders schlimm stünde. Ich freue mich, wenn stürmische Dränger die Entwicklung in richtigen Bahnen schneller vorwärts treiben wollen, ich halte es aber für falsch, wenn man dabei die gegebenen Verhältnisse verkennt oder nicht genügend berücksichtigt.

P. Löwig.

Wir wollen heute nicht gegen den Gen. Bürgermeister Löwig polemisieren. Er vertritt seine Meinung; wir haben die unsere vertreten.

Aber in einem Hauptpunkt scheint uns doch eine Feststellung jetzt schon wichtig. Der Gen. Löwig bestätigt absolut unsere Auffassung, daß Ersparnisse über Senat und Beamtenskommission nicht zu erwarten sind. Da seine Ausführungen ja im wesentlichen nur beweisen wollen, daß Ersparnisse auf keinen Fall möglich seien.

Wir sind dagegen der Auffassung, daß unsere Finanzlage uns zwingt, eine solche Möglichkeit unter allen Umständen zu finden. Dies wird auch fernerhin unser unverrückbares Ziel sein und wir werden deshalb auf die ganze Frage ebenso wie auf ihre sehr sachliche Erörterung durch den Gen. Anz. ausführlich zurückkommen.

Dr. L.

Volkshochschule

Am Sonnabend, dem 14. Januar,
8.15 Uhr, in der Stadtbibliothek
Eröffnungs-Feier
(Musikalische Feiersunde)

Die Anmeldungen für die Kurse
schließen Freitag, den 13. Januar,
5 bis 8 Uhr nachmittags

Kräfte erforderten. Die Zahl der Lehrer und anderer Schulbeamten stieg von 602 im Jahre 1914 auf 897 im Jahre 1927.

Von der Polizei und von der Feuerwehr will ich nicht reden, obwohl auch sie erheblich verstärkt worden sind. So ist die Zahl der Beamten bei der Polizei von 285 im Jahre 1914 auf 637 gestiegen. Auch der Polizei sind viele neue Aufgaben übertragen.

Die Einstellung zahlreicher weiterer Kräfte in die staatliche Verwaltung machte auch die Einführung des Achtstundentages notwendig. Da eine Verlängerung der täglichen oder wöchentlichen Dienstzeit der Beamten und Angestellten wohl nicht wieder in Frage kommt, ebensowenig wie eine Einschränkung des Bildungswesens und der sozialen Fürsorge, so bleibt herzlich wenig übrig, was mit einigem finanziellen Erfolg geändert werden könnte. Das muß einmal ausgesprochen werden, um gewisse Illusionen, die künstlich geschaffen werden, zu zerstören.

Selbstverständlich wird dadurch die Forderung nach einer Ersparnisse bringenden zweckmäßigen Reform der Verwaltung nicht unbegründet, im Gegenteil, ihr muß soweit es irgend geht entsprochen werden. Nur wird man sich auch mit mageren Ergebnissen abzufinden haben, Ich betone, daß überall dort gespart werden muß, wo es ohne Schädigung der Verwaltung oder der sonstigen Interessen des Staates geschehen kann. Auch kleine Ersparnisse, wenn nur solche zu machen sind, müssen herbeigeführt werden. Ich würde es jedoch für ganz falsch halten, wenn man eine Reform nur „mit harter Faust“ anstatt mit gesunder Vernunft und reiflicher Ueberlegung zustande zu bringen versucht. Unbedingt und rückwärtslos durchgeführt muß das, was als richtig anerkannt und beschloffen worden ist. Voran gehen muß aber die genaue Prüfung. Von Maßnahmen wie: „jede dritte Stelle darf nicht wieder besetzt werden“ halte ich nicht allzuviel, da sie die tatsächlichen Verhältnisse und Bedürfnisse nicht berücksichtigt. Sie wird deshalb auf dem Papier stehen bleiben.

Neues aus aller Welt

Frühling in Sicht? Leider läßt das Wetter noch immer keine Anzeichen erkennen, daß der Winter dem Ende zuneigt, und in unangenehmer Erinnerung haben wir die Kälteperioden, die gerade im Januar und Februar wiederholt Frühlingshoffnungen zerstört. So dürften leider auch zwei trübreliebende Makel, die von Pflanzarbeitern im Lauerholz gefunden und untersucht wurden, noch Boten sein, deren Erscheinen auf nahegebrachtes Frühjahrsleben zurückzuführen ist.

Als Eröffnungsfest der Winterarbeit der Volkshochschule findet am kommenden Sonnabend, dem 11. d. M., abends 8 1/2 Uhr im Refektor der Stadtbibliothek die dritte musikalische Feierstunde (Kammermusikabend) des Winters statt. Auf dem Wege der Kammermusik von Hand bis Krabbel werden diesmal ein Beethoven- und ein Schubert-Trio zum Vortrag gebracht von den Herren Kundrat, Corbach und Hofmeier. Durch das außerordentlich dankenswerte Entgegenkommen der Firma Ernst Robert, die unentgeltlich einen wertvollen Flügel zur Verfügung stellt, ist es möglich, die für die Volkshochschule so wichtigen Kammermusik-Abende in der wünschenswerten Form weiterzuführen. — Die Lehrgänge beginnen Montag, den 16. d. M. Anmeldefrist endet Freitag, den 13., abends 8 Uhr.

Von einem Auto überfahren wurde am Montag abend ein Mann auf der Rakeburger Allee. Der Verunglückte, über den ein Rad lief, mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Die Kreditbank, die in einem hiesigen Blatt gegen Bezahlung! eine lange Rechtfertigung ihrer Maßnahmen veröffentlicht, hat nun an alle Papiergeldinhaber die Mahnung gerichtet, die fehlenden Ratezahlungen auf die Geschäftsanteile im Betrage von 100 RM., Zinsverlust und erhöhten Geschäftsanteil in der Gesamthöhe von 280 RM. innerhalb acht Tagen einzuzahlen. Die Kreditbank sagt, sie habe kein Interesse, Zwangsmitgliedern zu halten und von ihnen eine höhere Summe einzuziehen, als bei Umrechnung der Verluste auf das einzelne Mitglied entfällt. Der heutige Geschäftsverkehr der Genossenschaft entwickle sich in durchaus zufriedensstellender Weise. Bei einem großen Teil der anfänglich zurückhaltenden Kunden sei das Vertrauen zu der Bank „trotz der bösen Zungen“ zurückgekehrt und mehr und mehr beginne das Geschäft, sich wieder in geregelten Bahnen zu bewegen. Bei rund 7000 Genossen mit einem Anteil von 400 RM. und einer Haftsumme von ebenfalls 400 RM. belaufe sich das für die Verbindlichkeiten der Bank haftende Kapital auf rund 5.600.000 RM. Selbst wenn man in Rechnung stelle, daß von den 7000 Genossen 2000 zahlungsunfähig seien, eine Zahl, die sicher zu hoch gegriffen sei, so biete die Genossenschaft ihren Gläubigern trotzdem noch eine weit höhere Garantie als manches andere Bankinstitut. — Wie bekannt, wurde gegen das Urteil des hiesigen Landgerichts, daß die Papiergeldinhaber verpflichtet sind, die Geschäftsanteile aufzuwerten, Berufung beim Oberlandesgericht eingelegt.

Gewärtiger Passagierverkehr im Jahre 1927. Nach den Zusammenstellungen des Statistischen Landesamtes umfaßte der gewärtige Passagierverkehr Lübecks im Jahre 1927: 31 748 (1926: 23 190) Passagiere im Eingang und 37 197 (23 630) im Ausgang. Hiervon entfielen bei der Einreise 21 379 (18 692) auf den Küstenverkehr, darunter 16 229 (12 951) auf den Ostseebäderverkehr und 10 369 (4498) auf den Auslandsverkehr; bei der Ausreise kamen 27 586 (19 074) auf den Küstenverkehr, darunter 21 355 (16 678) auf den Ostseebäderverkehr, und 6611 (3905) auf den Auslandsverkehr. Die von den nordischen Ländern kommenden Schiffe brachten 10 315 (4478) Passagiere, darunter 5605 Ausländer, und zwar von Finnland 1404, von Schweden 1837 und von Dänemark 7071. Die Ueberfahrt nach den nordischen Ländern machten von Lübeck aus 9538 (3951) Personen, darunter 1642 Ausländer. Hiervon fuhren 1496 nach Finnland, 1860 nach Schweden, 6038 nach Dänemark und 44 nach Norwegen.

Die Ludwigs-Lotterie, deren Ziehung schon morgen, Donnerstag, in Berlin stattfindet, bietet den Spielern bei dem geringen Lospreise von nur 50 Pfg. außergewöhnliche Gewinnmöglichkeiten. Als Hauptgewinn kommt ein Landhaus mit 8 Zimmern, möbliert, Wintergarten und Nebengelände im Werte von 20 000 RM. zur Auslosung. Die Hälfte der Lose gewinnen, und wer zwei Lose mit einer geraden und einer ungeraden Endzahl kauft, erhält bestimmt einen kleinen Gewinn. Die Lotterie ist zum Besten der Jugendburg Ludwigs an der Werra, dem Denkmal der gefallenen deutschen Jugend, genehmigt.

Ein Wucherer

Dreihundertfünfzig Prozent Jahreszinsen

Eine der seltensten Strafsachen, die vor Gericht zur Aburteilung gelangen, ist das Delikt des Wuchers, und zwar weniger wegen seiner Seltenheit, sondern weil es in den weitaus meisten Fällen sehr schwierig ist, die zur Verurteilung erforderliche Ausbeutung der Notlage oder Unerfahrenheit des Schuldners nachzuweisen. Um so erfreulicher ist es, wenn es gelingt, ein Mitglied von der Junft der Krawattenmacher der gerechten Straße zu verfolgen.

Der Bürstenfabrikant Karl Albert Frohde aus Lübeck hatte einem Schausteller, der zur Abwendung einer drohenden Pfändung 450 Mark benötigte, diesen Betrag geliehen, und zwar in der Form, daß er von dem Schuldner für die genannte Summe dessen Schiffshaukel kaufte. Der Schausteller hatte natürlich gar nicht die Absicht, sich der Schiffshaukel, die er für die Beschaffung seines Lebensunterhalts benötigte, zu entäußern. Um sie zurückzuerhalten, sollte er gemäß Vereinbarung mit Fr. diesem nicht nur für 10 Monate 600 Mark Miete, sondern weitere 700 Mark Rückkaufspreis zahlen. Außerdem wurde ihm auferlegt, sämtliche mit dem Betrieb der Haukel notwendigen Inforten zu tragen, so daß Frohde für sein Darlehen letzten Endes 350 Proz. Jahreszinsen erhielt. Die Folge war eine Anklage wegen verheerenden Wuchers gegen den Bürstenfabrikanten, der deshalb und wegen einer von ihm abgegebenen falschen eidesstattlichen Erklärung von der Strafkammer zu zwei Monaten Gefängnis und 600 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Vor dem Oberlandesgericht, das sich als Revisionsinstanz mit der Sache zu befassen hatte, bezeichnete Oberstaatsanwalt Dr. Brummer, daß der von dem Angeklagten ertriebene Vorteil als unerhört zu bezeichnen sei, die Handlungswelt des Angeklagten könne gar nicht hart genug verurteilt werden. Es wäre im höchsten Grade bedauerlich, wenn das Urteil aufgehoben werden müßte. Der Straßenrat (Vorsitzender Senatspräsident Dr. Griesbach) war der Ansicht, daß sowohl der verheerende Wucher wie auch die Abgabe der falschen eidesstattlichen Versicherung einwandfrei nachgewiesen sei und verwarf die Revision des Angeklagten als unbegründet. (Mitteltage: R II 331/27.)

Kann der Verkauf aus dem Schaufenster erzwungen werden?

Eine streitige juristische Frage

Die Zeit der großen Ausverkäufe ist gekommen. Hierbei kommt es recht häufig vor, daß sich Kaufinteressenten vergeblich um Herausgabe von Schaufensterwaren bemühen und sich bei Mißerfolgen getäuscht bzw. rechtlich benachteiligt fühlen. Die Frage, ob der Kaufmann gesetzlich verpflichtet ist, Waren aus dem Schaufenster zu verkaufen, löst beim kaufenden Publikum sowie auch bei manchen Kaufleuten Zweifel aus, die eine kurze

6000 Obdachlose in London

Der Bau einer riesigen Themseperle geplant

Der durch die Ueberschwemmung der Themse in London angerichtete Sachschaden läßt sich jetzt ungefähr überschauen. Ueber 6000 Menschen sind obdachlos geworden und haben fast alles verloren. Die gesamten Wohnungseinrichtungen sind durch die Wucht der einströmenden Wassermengen zerstört und teilweise fortgeschwemmt worden. In Westham wurden die Wohnungen von etwa 1600 Familien zerstört, wodurch 4-5000 Menschen obdachlos wurden. In Westminster haben die Fluten ähnlich gewüthet. Ueber 800 Haushalte wurden dort ruiniert. In Vermondfsey wurden gleichfalls über 600 Familien ihrer Heime beraubt, und in Greenwich, Lambeth, Southwark und Deptford wurden je über 200 Familien aus ihren Wohnungen vertrieben. Der angerichtete Schaden beläuft sich nach vorsichtiger Schätzung bereits über eine Million Pfund.

Der weiße Tod

Durch die fürchterlichen Schneestürme haben sich in den letzten Tagen zahlreiche weitere Lawinen-Katastrophen ereignet. Bei der Besteigung des Gran Sasso, der höchsten Bergspitze in den Abruzzen, wurden sechs römische Bergsteiger von einer Lawine verschüttet, wobei einer getödtet und die anderen verletzt wurden. — Zwei italienische Studenten wurden bei der Besteigung des Monte Viso in den Südalpen von einer Lawine überrascht und von den Schneemassen getödtet. — Am Südhang der Baluga beim Walsager Joch in den österrödischen Alpen riß eine Lawine den österrödischen Bundesangehörigen Johann Schwenbacher aus Neubach und den Sohn eines Eisenhändlers Pfleger aus Meran, die sich auf einer Skitour befanden, hundert Meter in die Tiefe. Während Schwenbacher unverletzt blieb, erlag Pfleger seinen Verletzungen. — Im Gebiet der Roswildaalm in den bayerischen Alpen überraschte die Lawine vier Münchener Skifahrer, von denen sich drei nach kurzer Zeit durch gegenseitige Hilfe von der Schneelast befreien konnten. Der vierte Skifahrer namens Gustav Wolff wurde nach stundenlangen Bemühungen zwei Meter unter der Schneedecke tot aufgefunden.

Ungetreue Angestellte. Der Porzellan- und Glaswarenfirma Otto Buhmann in der Peterstraße in Leipzig, sind durch Anstellung ihres Betriebes wertvolle Kristallkugeln, Porzellanfächer und Glaswaren im Werte von 100 000 Mark gestohlen worden. An den Diebstählen hat sich vor allem die Kassenleiterin Rennecker beteiligt. Die Diebe gingen äußerst raffiniert zu Werke. Kostbare Porzellane und Kristallwaren wurden in Pakete verpackt und von den Helfern täglich abgeholt. Insgesamt sind 2 1/2 Lastkraftwagen voll gestohlener Porzellane bei Angestellten und Helfern von der Kriminalpolizei abgeholt worden. Die Diebe und Helfer hatten auch mit Angestellten anderer Firmen einen regen Austauschhandel eingeleitet und gegen Porzellanfächer, Kaffee- und Wollwaren ausgetauscht. Es sind bereits 23 Verhaftungen vorgenommen worden.

Verhafteter Raubmörder. Der Komplize des seit Wochen vergeblich gesuchten Raubmörders und Geldschrankbrechers Heim, der Melker Rudolf Varin, konnte am Dienstag in Saalfeld in Thüringen im De-Fug-Nürnberg-Saalfeld festgenommen werden. Die Saalfelder Polizei war von Nürnberg aus darauf aufmerksam gemacht worden, daß Varin sich im Zuge befinden sollte.

Die Ueberschwemmung in London

hat bereits eine große Anzahl Todesopfer gefordert und gewaltigen Sachschaden angerichtet. Die Themse führt weiter Hochwasser und die Gefahr ist noch im Zunehmen. Unser Bild zeigt die überschwemmte und von gesunkenen Lastkähnen blockierte Schleufe von Teddington.



Besprechung der Rechtslage im Interesse der Allgemeinheit als zweckmäßig erscheinen lassen.

Mancher Kaufmann hätte schon eine nur noch im Fenster ausgestellte Ware gern gekauft, wurde jedoch mit seinem Verlangen auf Herausgabe der Schaufensterware von dem betreffenden Geschäft abgewiesen mit der Begründung, daß bei dem Herausnehmen der Ware die Schaufensterdekoration zerstört oder zu große Schwierigkeiten dadurch entstünden. Das Publikum geht dann meistens beschwerlich oder zuweilen auch in verängelter Stimmung wieder fort. Andere Kaufleute entsprechen wieder dem Wunsche des kaufenden Publikums auf Herausgabe von Schaufensterwaren nach Möglichkeit gern, um Entgegenkommen zu zeigen.

Nach den gesetzlichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Handelsgesetzbuchs stellen Schaufensterwaren kein endgültiges Kaufangebot, sondern nur eine Anzeige und Aufforderung zum Kauf von Ware „im allgemeinen“ dar, also eine Unterart der Reklame durch Schaufenster. Das Muster des Geschäftsreisenden ist ja im allgemeinen bekanntlich auch unerkäuflich. Der Kaufmann ist also keineswegs gesetzlich verpflichtet, jeder kaufbereiten Person Ware zu den angebotenen Bedingungen zu überlassen. Er kann ohne Angabe von Gründen den Kaufvertragsabschluss jederzeit ablehnen. Es sind nur zwei Geschäftsbetriebe, nämlich Post und Bahn, in Deutschland gesetzlich verpflichtet, mit jeder physischen Person, die ihre Bedingungen erfüllt, in Verkehrsbeziehung zu treten. Für alle anderen Geschäftsbetriebe gibt es keinen gesetzlichen Zwang zum Kaufvertragsabschluss.

Das Angebot des Kaufmanns tritt allgemein erst im Laden eigentlich in Erscheinung bei Abwicklung des Geschäfts (mündlicher Kaufvertrag) und es finden hierbei auch die Vorschriften der §§ 145 ff., 433 ff. BGB. Anwendung. Eine zivilrechtliche Klage auf Herausgabe von Schaufensterware dürfte den rechtlich Interessierten nach dem Gesagten also keinerlei Erfolg bringen.

Unglücksfälle

Schweres Flugzeugunglück bei Neunorf. Ein Passagier-Eindecker, der am Sonntag von Mineola (Long Island) mit drei Passagieren nach Buffalo abgeflogen war und seit Sonntag vermisst wurde, ist in der Nähe von Conaoharie im Staate Neunorf auf einem Felde zertrümmert aufgefunden worden. Die Passagiere sind tot, ihre Leichen verkrümmelt. Die Umstände deuten darauf hin, daß das Flugzeug im Nebel die Orientierung verlor und mit vollarbeitenden Motoren auf den Erdboden stieß.

Mit dem Autobus ins Wasser. Ein schreckliches Autobusunglück wird aus Villa Maqueta bei Modena gemeldet. Ein vom Marke heimkehrender, dicht besetzter Autobus stürzte an einer Straßenkurve in einen Kanal. Sechs Tote, darunter der Fahrer und Führer des Autobus und der sachliche Sekretär von Villa Maqueta, konnten nur noch als Leichen geborgen werden. Drei Frauen blieben unverletzt, während ein weiterer Tote schwer und zwei leichter verletzt wurden.

Prozeßmonstrum

Statistisches aus dem Barmat-Prozeß

Am 11. Januar d. J. ist ein Jahr seit dem Beginn der Hauptverhandlung im Barmat-Prozeß abgelaufen. Bisher ist an 157 Tagen verhandelt worden. Insgesamt wurden bisher 100 Zeugen und 50 Sachverständige vernommen. Die Anklage wird von fünf Staatsanwälten vertreten, während für die elf Angeklagten 17 Rechtsanwälte tätig sind. Die Akten des Prozesses sind bis jetzt auf 70 Hauptbände und 1000 Nebenbände angeschwollen; die Anklage allein umfaßt 680 Druckseiten. Von den Sachverständigen sind 59 schriftliche Gutachten erstattet worden. Die Protokolle der Hauptverhandlung füllen allein sieben Aktenbände mit 2800 Seiten. Die Kosten des gesamten nunmehr fast drei Jahre dauernden Strafverfahrens betragen 230 000 Mark. Die Drucklegung der Anklage hat etwa 10 000 Mark gekostet. Im einzelnen sind durch die Hauptverhandlung bisher an Kosten entstanden für richterliche Beamte etwa 26 000 Mark, für Staatsanwälte etwa 17 000 und für Schöffen und Geschworene etwa 9000 Mark; für Zeugen und Sachverständige sind in der Hauptverhandlung bisher etwa 22 000 Mark verauslagt.

Selbstmord eines früheren Generaldirektors. In der Nähe von Judmannel in Schlesien hat sich der deutschnationale Breslauer Generaldirektor Dr. Krüger durch einen Kopfschuß getödtet. Der Selbstmörder war Leiter der schlesischen Provinzial-Haftpflicht-Versicherung und bekleidete gleichzeitig den Posten eines Generaldirektors der „Selbsthilfe“, einer Krankenkasse für den Mittelstand. Dieses letzte Amt mußte er niederlegen, als im Vorjahre die „Selbsthilfe“ durch seine falschen Dispositionen in finanzielle Schwierigkeiten geraten war, er wurde damals auch von seinem Amte als Leiter der Provinzial-Haftpflicht-Versicherung suspendiert. Krüger soll amtliche Gelder in leichtfertiger Weise verwendet haben. Das gegen ihn eingeleitete Disziplinar-Verfahren und eine staatsanwaltliche Untersuchung waren noch nicht abgeschlossen.

Einen sensationellen Selbstmord beging in Dessau der 47-jährige Reichsbankrat Borghardt der Dessauer Reichsbankhauptstelle. Er stand kurz vor seiner Hochzeit. Als seine Mutter und seine Schwester zur Vorbereitung der Hochzeit in Dessau einzrafen, fanden sie Borghardt erschossen in seiner Wohnung auf. Man nimmt an, daß Borghardt sich als zu alt für seine junge Braut ansah, und in einem Nervenzusammenbruch zur Waffe gegriffen hat.

zeigt die überschwemmte und von gesunkenen Lastkähnen blockierte Schleufe von Teddington.

Eine strafrechtliche Verfolgung der etwaigen Verweigerung der Herausgabe von Schaufensterware infolge Anzeige eines Kunden kommt kaum in Frage, da der Kunde ja keinen gesetzlichen Anspruch auf Kaufabschluss hat. Jedoch liegt der Fall anders bezüglich der Strafantragsberechtigung hinsichtlich des Geschäftskonturrenten, wenn bei dem Beschuldigten die Absicht zum Weipiel bestand, die Kaufkraft der Kundenschaft künstlich anzuregen oder Ware zu dem ausgezeichneten Preise gar nicht zu verkaufen. In diesem Falle kommt eine Verurteilung nach dem Reichsgesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs in Frage.

Nach § 4 dieses Gesetzes vom 7. Juni 1909, RGBl. S. 499, ist beim Vorliegen täuschender Reklame jeder Gewerbetreibende, der Ware gleicher Art herstellt oder in den Geschäftsverkehr bringt, also der Geschäftskonturrent, Strafantragsberechtigter, desgleichen die Geschäftsverbände und Innungen, wenn sie prozessfähig sind (§ 22 Abs. 1 und 13 dafelbst). Auf solche Anzeige hin wird die Staatsanwaltschaft nur beim Vorliegen des sogenannten „öffentlichen Interesses“ die Angelegenheit weiter verfolgen und zur Anklage bringen. Andernfalls wird der betreffende angezeigte Geschäftskonturrent von Amts wegen auf den Weg der Privatklage verwiesen.

Freie Rundfunkvorträge

Sörjaal der Volkshochschule, Hundestraße 1, Hofgebäude 1. Etage

Donnerstag, den 12. Januar

16.00 Uhr: Erziehungsberatung (Dr. Klopfer). — 18.30 Uhr: Die deutsche Anekdote als Kulturpiegel (Dr. Hans Hajel). — 17.00 Uhr: Uebertragung des Nachmittagskonzertes Berlin. — 18.00 Uhr: Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten (Mitt.-Nat. Dr. Leop. Schäfer). — 19.20 Uhr: Eva Lessing zu ihrem 150. Todestage (Dr. Heinrich Schneider).

Norddeutsche Nachrichten

Provinz Lübeck

Schwartau-Menfefeld, Sozialdemokratische Frauengruppe. Die Generalversammlung des Sparklubs „Frauenlob“ findet am Freitag, dem 13. Januar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Transvaal“ statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

Arbeitsamt für den Landestell Lübeck. Wochen-Meldung an den Landesvorstand über die Zahl der unterstützungsberechtigten Erwerbslosen in den einzelnen Gemeinden in der Woche vom 4. Januar bis 10. Januar:

Gemeinde	Männl. Erwerbslos		Weibl. Erwerbslos		Zusammen	
	über 21 Jahre	unter 21 Jahre	über 21 Jahre	unter 21 Jahre	über 21 Jahre	unter 21 Jahre
Stadt Cuxin	175	35	7	—	145	241
Land Cuxin	69	18	3	—	57	106
Malente	120	12	6	—	110	172
Neufährchen	40	4	—	—	32	61
Bolau	23	3	—	—	20	37
Redingsdorf	15	8	—	—	14	10
Sißel	64	13	—	—	50	107
Bad Schwartau	108	3	3	—	78	114
Stotelsdorf	163	18	16	3	133	218
Remfeld	204	17	12	3	150	188
Obernwohde	2	1	—	—	2	6
West-Malente	130	9	1	—	100	210
Ost-Malente	27	3	—	—	23	48
Stadt Ahrensböhl	30	1	2	—	33	52
Land Ahrensböhl	36	—	—	—	30	55
Siblin	48	—	—	—	37	61
Gleschendorf	67	6	—	—	58	97
Cuxau	27	1	—	—	24	41
Gniffau	14	4	—	—	10	18
Zusammen 1921	156	50	6	—	1120	1693

Medienburg

Grevesmühlener Beamtentragödie. Die „Zrk. Jg.“ schreibt: In dem bekannten Grevesmühlener Reichsbannerprozess trat als Zeuge der Grevesmühlener Polizeiwachmeister Kohlmorgen auf, der den angeblichen „Landfriedensbruch“ des Reichsbanners mit eigenen Augen gesehen hatte und dessen Zeugnis besondere Bedeutung beanspruchte, zumal da er nahezu als einziger Unparteiischer urteilen konnte und zudem Beamter war. Kohlmorgen berichtete höchst nüchtern und trocken, was er gesehen hatte, nämlich daß die Kohlbanner die wirklichen Urheber des sog. Landfriedensbruchs gewesen waren. Staatsanwalt und Gericht gingen, wie erinnerlich sein wird, über diesen Zeugen trotzdem einfach hinweg. Der kleinstädtische Polizeiwachmeister aber hatte größten Unwillen erregt. Man erzählte sich nämlich, der Staatsanwalt habe sich abfällig über ihn ausgesprochen, dem Grevesmühlener Bürgermeister, einem „bäuflichen Erneuerer“, klang es gut im Ohr, als man ihm nahelegte, sich einen andern Polizeiwachmeister anzuschaffen. Das ging jedoch nicht so leicht. Immerhin waren Kohlmorgens gute Tage um, und schließlich ereifte ihn sein Schicksal. Eines Abends brannte zu Hause seine elektrische Lampe nicht, die Birne war ausgebrannt. Er nahm sich von seiner Wachtstube eine Birne mit nach Hause und wollte sie nach Kauf einer neuen wieder hinbringen. Aber man erwischt ihn, und trotz aller Beteuerungen wurde eine große Affäre daraus gemacht und der Polizeiwachmeister wegen Diebstahls angezeigt. Was war für Kohlmorgen zu tun? Er hatte Frau und Kinder; Gefängnis und Dienstentlassung standen in Aussicht, bei seinen Vorgesetzten hatte er ausgespielt. Also griff er zum Revolver und schoss sich eine Kugel in den Kopf, um wenigstens Frau und Kinder die Pension zu retten. Die meisten wissen nur, daß der Mann eben gestohlen hatte und der „gerechten“ Bestrafung aus dem Wege ging. Die wenigen aber sehen, daß sich hier eine kleine Beamtentragödie abspielte.

Ludwigslust. Eine folgenschwere Schlägerei entstand Montagabend auf einem Maskenball. Auswärtige hatten versucht, die Festlichkeit zu stören. Darauf kam es zu einem allgemeinen Tumult. Ein Fremder wurde bei den Schlägereien derart zugerichtet, daß an seinem Wiederzukommen gezweifelt werden muß. Er erlitt schwere Schädelverletzungen und mußte sofort ins Krankenhaus geschafft werden. Ein weiterer wurde ebenfalls schwer verletzt. Man mußte ihn auch mit einer tiefen Kopfwunde ins Krankenhaus schaffen.

Schleswig-Holstein

Kiel. 50 000 Arbeitslose in der Provinz! Die in der Vorwoche ausgesprochene Hoffnung, daß ein weiteres Steigen der Arbeitslosenziffer als Folge der Witterungserschläume kaum zu erwarten sei, hat sich leider nicht erfüllt. Nach amtlicher Mitteilung ist ein weiterer Zugang von fast 4000 Erwerbslose zu verzeichnen. Anzeichen für eine allgemeine Konjunkturverschlechterung sind nicht vorhanden, so daß der Zugang zumeist auf den Einfluß der für die Außenarbeiten ungünstigen Witterung zurückzuführen ist.

Kiel. Beschlagnahmtes Kriegsmaterial. In Kenau wurde von der Zollbehörde eine Sendung von etwa 250 Tonnen Gewehrmunition, die mit dem norwegischen Dampfer „Aler“ ins Ausland gehen sollte, beschlagnahmt. Der Ursprung dieser Munition ist noch nicht festgestellt.

Bad Oldesloe. Hochwasser. Trave, Beste und Barnitz sind über ihre Ufer getreten. Viele Anlieger mußten infolge Hochwassers die Ställe räumen. Bei der Drifschicht Rumpel bilden die Wiesen einen See. In einer Stelle läuft das Wasser über die Chauffee.

Hantestädte

Hamburg. Eine schwere Gasexplosion als Folge einer schadhast gewordenen Gasuhr ereignete sich in der Rosenallee. Eine Frau, die auf den starken Gasgeruch in der Wohnung aufmerksam gemacht worden war, betrat den Korridor mit einer brennenden Kerze. Sofort erfolgte eine heftige Explosion, wobei die Frau und ihr fünfzehnjähriger Sohn durch emporschießende Stachlammern schwer verletzt worden sind. Die Gewalt der Explosion war so heftig, daß die Korridorflur aus den Angeln gerissen wurde und die Fenster eines gegenüberliegenden Hauses gesprungen. Die Untersuchung ergab, daß bei der Gasuhr die untere Verschraubung gefehlt hat, so daß das Gas hatte entweichen können.

Hamburg. Ist Diebstahl ein Verbrechen? Ob die Grundzüge des alten Naturrechts mit den Vorschriften der modernen Rechtsprechung übereinstimmen, hatte eine Verhandlung vor dem Altonaer Schöffengericht zu entscheiden. Ein Handelslehrer aus Wandsbek hatte auf Grund naturrechtlicher Erwägungen in einem Flugblatt die gesellschaftsstrafliche, interessante Frage aufgeworfen: „Ist Diebstahl ein Verbrechen?“, und unter anderem dazu ausgeführt, daß das geltende Recht nicht auf natürlichem Recht, sondern auf Zweckmäßigkeitsbetrachtungen beruhe. Diebstahl und Raub seien also an sich keine Verbrechen. Sie seien Verbrechen nur auf Grund menschlicher Satzungen und durch die Gesetzgebung dazu gemacht. Namentlich diese letzteren Ausführungen schienen dem Gericht denn doch zu stark, so daß der Verurteilte auf Grund des § 110 St. G. B. wegen Aufforderung zum Diebstahl und Raub zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Nur die Tatsache, daß er Idealist sei und an seine Wahrheiten glaube, verhalf ihm die Zuhilfenahme mildernder Umstände. Auch der Bruder wurde wegen Beihilfe mit 40 Mark belegt.

Hamburg. Einen ganz ungewöhnlich glücklichen verlaufenen Streich erlebten Montag mittag zwei Klempnergehilfen, die an der Rückseite des Hauses in der Dammthorstraße arbeiteten. Sie fanden auf einer Stiege, ungefähr 15 Meter hoch, die quer über zwei Leitersäulen gelegt war. Wählich brach eine Leiter in sich zusammen, und die beiden Männer stürzten mit ihrem Gestell herab. Zum Glück fing ein Giebel an der Hauswand den Sturz einigermaßen ab, und ein weiterer Glücksstand war, daß sie auf Gartenboden fielen. Während man von allen Seiten herbeieilte, tödlich erschreckt, um zwei vermeintlich schwer Verunglückten Hilfeleistung zu bringen, standen die beiden auf und gingen, zwar etwas unsicher auf den Beinen, auf den Schreden einen Schnaps trinken und nahmen nach kurzer Erholungspause ihre Arbeit wieder auf. Einige leichte Hautabrisse und ein etwas verstaubter Finger waren die einzigen Folgen dieses Sturzes vom Dach. Ein Ferkelnücker ereigte am Spätabend auf der Gr. Bleichen und in den Nebenstraßen große Aufregung. Versetzt von einer großen Menge lief er, nur mit einem Hemd bekleidet, unter dem Arm ein Kissen, in das ein Ferkelnücker eingewickelt war, die Straßen entlang, mit der ausgesprochenen Absicht, in der Alster ein Bad zu nehmen. Bevor er sich in der Poststraße über das Brückengeländer stützen konnte, wurde er ertappt und der Unfallstation zugeführt.



Otto Stolten

Eine der führenden Persönlichkeiten der Hamburger Sozialdemokratie ist mit Otto Stolten, der am Sonntag im Alter von 74 Jahren starb, von uns gegangen. Viele Jahrzehnte hat Genosse Stolten unermüdet für die Partei gearbeitet; im Jahre 1909 zog er als erster Sozialdemokrat in die damalige Bürgerschaft Hamburgs ein. Als Nachfolger Rebels vertrat er ferner den Wahlkreis Hamburg lange Jahre im Reichstag und war von 1919/1925 zweiter Bürgermeister von Hamburg.

Hannover

Hannover. Bestrafter Mietwucher. Wegen Mietwuchers hatte sich der Kaufmann Komberg vor dem großen Schöffengericht zu verantworten. Er hatte von einem Untermieter, als dieser im Frühjahr 1926 bei ihm einzog, 2000 Mark Abstand verlangt. Die Summe bezeichnete er als Unkostenvergütung. Nach einem Jahre zog der Untermieter wegen fortgesetzter Differenzen aus. Jetzt hatte der Kaufmann die Strenge, noch für ein Jahr Miete zu verlangen. Er wurde wegen Mietwuchers mit 3000 Mark Geldstrafe oder 100 Tagen Gefängnis verurteilt.

Humor

Einfache Speisen
Elli: „Hestern lagte Arth, ich sei zum Aufessen hoch.“
Freundin: „Ja, er liebt einfache Speisen.“

Die geschwähige Frau

„Mit welche Frau geschwähig?“
„Wenn ich plötzlich nimm und taub würde, so würde sie das nach sechs Wochen wahrscheinlich schon gemerkt haben.“

Das Klein-Auto

Frau: „Karl, wollen wir Sonntag zu meinen Eltern fahren?“
Mann (Eigentümer eines Klein-Autos): „Ja, wenn der Wind nicht in der entgegengesetzten Richtung bläst.“

Die Echtenklerin

Tamentante bei Kammerherrn. Wochen wird es herumgereicht. Die Gaste überrennen sich mit Begeisterung auf ihre Portionen, nur die Gastgeberin leucht dankend ab. „Ach — Eis!“ schreut eine der jüngsten Tanten, verärgert. „Es ist meine Leidenschaft in jeder Beziehung! Im Sommer esse ich es schmelzweiss, und im Winter, da laufe ich darauf!“, „Wertwändig!“ meint die kommerziellste Hausfrau, „... und ich mich schon im Sommer drauß laufen!“

Die Nationalistin

Die Lehrerin erzählt den kleinen Mädchen die Geschichte vom Verlorenen Sohn. „Und als der Verlorene Sohn nun endlich nach Hause zurückkehrte, da fiel sein Vater auf sein Angesicht und weinte bitterlich. — Nun Kinderchen, warum wird der arme alte Vater wohl geweint haben? Du Marthechen?“
„Ma, Frollein, weenen Sie vollweichte nich, wennje mit de Presse uffs Wasser fallt?“ („Jugend“)

Sprachlehre

Der Sohn: Vater, was ist Syntax?
Der Vater: Einmütigs fahren wir nach Hundeslechte.

Gewinnauszug

4. Klasse
30/256 Preuß.-Südd. Kl.-Loterie

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 10. Januar 1928

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

4 Gewinne zu 3000 M. 21028 210419
10 Gewinne zu 1000 M. 85583 226370 239133 320022 320954
18 Gewinne zu 800 M. 21274 31894 144230 159134 188732 318301
334889 356644

32 Gewinne zu 500 M. 6322 11920 13678 29377 33781 68031 101446
12656 126109 135279 190758 197220 211259 237429 289242 270875
62 Gewinne zu 400 M. 11630 37316 39546 63289 64761 67186 68385
75848 77202 88554 93082 94178 100285 125507 136702 142880 145919
146718 154608 165391 156674 163278 173762 180238 182570 185404
192771 196833 205153 213327 214239 235536 250450 267848 270149
281932 282298 283429 297110 300124 307101 307730 327206 344778
368610 387638

224 Gewinne zu 300 M. 3827 4446 7721 18917 20182 26196 26544
28972 38275 41191 42408 46649 48537 58702 60512 61237 64891
70135 72181 74409 76801 89530 90386 91095 93258 94277 103630
106140 107048 108173 110722 112758 124667 125263 135301 136447
139072 139810 139979 142834 145034 152779 153957 163800 165231
168818 171280 173731 178716 179493 182290 183350 185610 193505
194485 198202 197283 197342 199947 202189 209251 210672 210706
212757 215527 215536 218431 218195 220455 222680 228693 237857
238270 240882 244086 246394 246547 261988 260863 264867 265379
266695 269137 271748 282324 288908 290083 292806 293927 295320
303749 305604 308029 311017 311887 314562 320979 322742 323617
324822 328870 331395 331986 337256 337810 344638 362978 361177
362881 368812 372276 374987

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

4 Gewinne zu 2000 M. 110747 267834
4 Gewinne zu 1000 M. 116419 189895
30 Gewinne zu 500 M. 4426 44724 66568 88472 134262 158150
178499 189914 263404 264787 276368 289063 295089 301996 350382
120 Gewinne zu 400 M. 2277 2700 3038 6173 8039 22039 27329
28798 38989 45918 47431 60639 61448 61836 65510 67341 68030
70462 79046 82995 86152 97764 99226 101648 111393 127161 133046
137508 140573 145789 152359 159115 160623 183569 185318 190652
195089 196591 208806 211491 212874 223814 223844 226770 227514
228505 246821 252798 259458 267035 291071 301430 304256 304285
305080 318264 338236 362576 372714 374180

260 Gewinne zu 300 M. 3517 6774 13512 14787 19408 19536 23408
24584 27358 28183 35107 35900 37222 37262 37409 38000 41095
41722 42427 44268 49407 49557 49837 50113 57404 68976 64857
68425 67721 68071 77252 77802 80528 82574 82872 84704 87523
88608 88957 89153 102418 102861 106612 106318 106389 118184
121174 121823 125895 136241 136768 138958 138664 142673 144059
157458 157474 169998 171106 173313 174209 174284 177103 177804
178056 180773 182867 183494 183694 191631 192891 193396 198427
201010 208223 218137 224512 225957 220985 235502 236346 241798
255513 258136 260389 262252 266825 271135 272483 283001 284273
288881 294538 294744 295147 301614 305347 310686 310980 316137
316514 318280 320687 322001 329326 333496 338113 338830 340990
344226 346591 348683 349751 351230 351276 363194 363478 360797
360878 364188 364798 366382 367560 368339 371896

Deutscher Arbeiter-Sängerbund

aus Schleswig-Holstein — Bezirk IV, Vorort Lübeck
Vorsitzender Emil Rose, Johannisstraße 44, Kolitzer 6 Helmke Straße, 50
Vereinsgemeinschaft Albed 6, Deutsch. Arb.-Sängerb. Untere Generalproben
finden am Freitag, dem 13. und Montag, dem 16. Januar im Konzerthaus
Lübeck abends 8 Uhr statt. Sämtliche Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.
Welterweiterungsverein Selmsdorf, Quartals-Versammlung am Freitag, dem
13. Januar, abends 8 Uhr bei Woblich. Wegen der reichhaltigen Tages-
ordnung wird pünktliches Erscheinen erwünscht. Aufnahme neuer Mit-
glieder vorzuziehen.

Arbeiter-Sport

Freier Wassersportverein Albed. Technische Sitzung am Freitag, dem 13. Jan.,
abends 8 Uhr im Arbeiter-Sportheim. Alle Funktionäre müssen erscheinen.
Arbeiter-Sportverein Deutschlands, 8. Kreis, 4. Bezirk. Am Donnerstag, dem
12. Januar 1928, abends 8 Uhr: Bezirks-General-Versammlung im Arbeiter-
Sportheim, Hundelstraße. Vorstandsbericht 7 1/2 Uhr. Das Erscheinen aller
Genossen vom Bezirk ist dringend erforderlich. Bericht von der Kreis-
Generalversammlung Neumünster.

Wetterbericht der Deutschen Seewarte

Die augenblickliche Wetterlage ist dadurch charakterisiert, daß im Norden
von uns Tiefdruckgebiete vorüberziehen. Dadurch sind wir im Bereiche einer
wäfl. gegenständlichen Luftzufuhr. Das Wetter ist trüb, mild und regnerisch.
Für vorübergehend, wie 1. 2. am gestrigen Tage, brachte ein Hochdruckfeld
etwas besseres Wetter. Ein neuer Ausbruch mit Regenfällen und stürmischen
Winden liegt über der Nordsee; er bewegt sich ostwärts.
Wahrscheinliche Witterung am 11. und 12. Januar
Nordsee: Starke bis förmliche Winde aus SW. bis W., meist bedeckt,
Regenfälle, mild.
Ostsee: Starke, meist westliche Winde, wolkig bis bedeckt, Regenfälle,
mild.

Schiffsnachrichten

Lübeck Linie Mittelländische Gesellschaft
D. Sanft Jürgen ist am 6. Januar 14 Uhr in Riga angekommen.
D. Lübeck ist am 9. Januar mittags in Antwerpen angekommen.
Angelommene Schiffe
10. Januar
D. Tholand, Kapit. Sörensen, von Dönje, 1 Tg. — D. Ascania, Kapit.

Heege, von Aarhus, 1 Tg. — D. Gooler Trader, Kapit. Holmberg, von
Affen, 1 Tg.

11. Januar
D. Rensburg, Kapit. Wilhelm, von Stotnowan, 4 Tg. — D. Swansen,
Kapit. Stenfeldt, von Kopenhagen, 16 Td.

10. Januar
S. Schönig, Kapit. Wikström, nach Frederiksburg, Kali. — D. Thyland
Schleswig-Holstein, nach Kopenhagen, leer. — D. Lübeck, Kapit. Carlsson, nach
Göteborg, Stückgut. — T. Finland, Kapit. Lindström, nach Abo, Stückgut. —
D. Ascania, Kapit. Heege, nach Dönje, leer.

Marktberichte

Hamburger Getreidemarkt vom 10. Januar. (Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.) Der Markt war heute wieder sehr ruhig und die Preise zeigten nur Schwäche. Das große Angebot aus dem Inlande, das milde Wetter und die mangelnde Kaufkraft haben zusammengewirkt, um das Geschäft leblos zu gestalten. Preise in Reichsmark für 1000 Kilos: Weizen 222—228, Roggen 222—230, Hafer 195—200, Sommergerste 210—215 ab Inland. Station; ausländ. Gerste 205—211, Mais 168—175, beides waggontret Groß-Hamburg unverollt. Delfinen und Rucheneinbleie ruhig.

Schweinemarkt. Hamburg, 10. Januar. Die Preise gingen heute weiter fähler zurück. Es lag wohl ein großer Platzbedarf vor, auch von der Umgegend, und besonders von den Verzehrgeschäften wurde viel gekauft, doch war die Qualität gute Zufuhr etwas zu reichlich ausgefallen. Die vollständige Fütterung wird sich in die Länge ziehen. Für Sauen blieben die am letzten Markt erzielten Preise unverändert bestehen. Zufuhren: Direkt dem Schlachthaus zugeführt 54 Stüd, Marktallhe 5002 Stüd, zusammen 5547 Stüd. Herkunft: Schleswig-Holstein, Hannover, Mecklenburg. Preise in Reichsmark für 100 Pfund Lebendgewicht: beste Marktschweine 55—55, mittlere 50—52, gute leicht 47—49, geringe 45—47, Sauen 41—48. Handel flau.

Rälbermarkt. Hamburg, 10. Januar. Auch hier war das Angebot etwas größer als am letzten Markt. Die Preissteigerung für die Mittelförten einen kleinen Rückgang, für beste Qualitäten blieb sie ziemlich unverändert, für mittlere Rälber lag sie etwas an. Doppelförten waren knapp und gefragt. Von auswärtigen Käufern wurden ungefähr 150 Stüd aus dem Markt genommen und verschifft. Ein neuemischerer Rest verblieb nicht. Auftrieb: 1094 Stüd. Herkunft: Schleswig-Holstein, Hannover, Mecklenburg. Preise in Reichsmark für 100 Pfund Lebendgewicht: beste Marktschweine 82—90, mittlere 78—80, geringe 70—78, geringe Rälber 55—65, geringste Rälber 35—45. Handel ruhig. Eigenere über Notierung bezahlte.

Verantwortlich für Politik und Volkswirtschaft: Dr. Fritz Solmitz
Für Freikunst Lübeck und Gesellschaft: Hermann Fauer
Für Interate: Carl Lüdhardt
Druck und Verlag: Friedr. Bredes u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten

Die Arbeiterporibewegung 1928

Mit frischer Kraft und neuen Hoffnungen geht die Arbeiterportbewegung in das Jahr 1928 hinein. Die Erfolge des vergangenen Jahres werden der Arbeit im neuen Jahre ihren Antriebs geben. Die Bedeutung des Sports ist auch von der Arbeiterklasse längst erkannt worden. Dem Arbeiter ist der Sport keine modische Tagesfrage; für ihn bedeutet die sportliche Betätigung in erster Linie Dienst an seiner eigenen Gesundheit, die ihm mit das wichtigste Mittel für seinen Lebenskampf ist. Dem Arbeiterporter ist der Sport zugleich ein Mittel im Kampf um die Befreiung seiner Klasse selbst. Noch drohen der Volksgesundheit schwere Schädigungen durch schlechte Arbeits- und Wohnungsverhältnisse; immer noch gibt es, gegen übermäßigen Alkohol und Nikotingenuß zu kämpfen. Gegen diese Krebschäden am Kollektivkörper sind Sport und Wandern mit den besten Gegenmitteln. Im höheren Sinne stellt jedoch die Arbeiterportbewegung einen Ausdruck der Lebensbejahung und der Lebensfreude dar.

Eine Welt trennt den Arbeiterport vom bürgerlichen Sport, dem im Grunde doch die allgemeine, verbindende Idee fehlt. Die in den bürgerlichen Vereinen als höchster Zweck angesehenen „Rekordjacht“ hat in der Arbeiterportbewegung keinen Platz. Zahlreiche Beispiele der letzten Zeit haben deutlich gezeigt, daß in vielen bürgerlichen Sportlagern von einem Amateursport keine Rede mehr sein kann. Geschäftsmachinationen spielen im bürgerlichen Sportlager oft eine üble Rolle.

Die Arbeiterportbewegung dagegen hat sich das verantwortungsvolle Ziel gesetzt, den arbeitenden Menschen zugleich auf ein höheres Ziel zu lenken. Arbeiterportbewegung und Kampf um den Sozialismus müssen eins sein, und der Arbeiterporter muß in Spiel und Sport zugleich für den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse wirken. Für ihn bedeutet die sportliche Betätigung keine Ablenkung von der Politik und keine Umkehr von aller geistigen Tätigkeit, wie hier und da befürchtet worden ist. Sportliche Betätigung dient ihm vielmehr in erster Linie dazu, seinen Körper für seinen Lebenskampf gesund zu erhalten. So bleibt die Hebung der Volksgesundheit immer das erste Ziel der Arbeiterportbewegung. In diesem Kampfe bedarf sie der Unterstützung von Partei und Gewerkschaften.

Der Arbeiterport ist bereits zu einem Machtfaktor im Dienste der Volksgesundheit geworden. „Ein gesunder Geist im gesunden Körper“ - dieses Wort gilt ganz besonders für die Arbeiterportbewegung. Dieser gesunde Geist der Arbeiterporter steht aber in der sportlichen Betätigung keinen Selbstzweck, ihn leitet vielmehr die Erkenntnis, daß er auch in Sport und Spiel einem höheren Ziele dient: der Befreiung des Proletariats. Solt die Arbeiterportbewegung aber ihren großen Aufgaben gerecht werden, so muß eine verstärkte Agitation einsehen, um einen erhöhten Zustrom der sporttreibenden Arbeiter in die Arbeiterportvereine herbeizuführen. Im gemeinsamen Wirken mit Partei und Gewerkschaften wird so das Wirken der Arbeiterportbewegung eine wertvolle Ansbauarbeit am Werke des Sozialismus leisten.

Die Arbeiterport-Internationale

Ihre Tagung in Leipzig

Die Sozialistische Arbeiterport-Internationale (SASZ.) hielt unter dem Vorhitz von Gellert-Leipzig und Dr. Deutsch-Wien am 7. und 8. Januar in Leipzig ihre erste Tagung nach dem Kongreß in Helsingfors ab. Die auf der Tagung erstatteten Berichte der Exekutiv-, der Sekretariats- und des Technischen Ausschusses ergaben einen klaren Ueberblick über den gegenwärtigen Stand der internationalen Arbeiterportbewegung. Erfreulicherweise konnte festgestellt werden, daß sich die Organisation weiterhin befestigt hat. Gute Fortschritte haben besonders Deutschland, Oesterreich und die Tschechoslowakei zu verzeichnen; dagegen geht die Arbeiterportbewegung in Frankreich und England nicht recht vorwärts, wozu in Frankreich im wesentlichen die durch die Kommunisten hervorgerufene Spaltung schuld ist, während die englische Arbeiterportbewegung den Standpunkt vertritt, daß der Sport eine neutrale Angelegenheit sei. In Schweden und Dänemark lehnen die sozialdemokratischen Parteien die Förderung einer Arbeiterportbewegung grundsätzlich ab, weil sie sich einen Vorteil davon für die dortige Arbeiterbewegung nicht versprechen. Leider ziehen aus dieser Einstellung die Kommunisten Vorteile. Es ist ihnen bisher z. B. ermöglicht worden, in Schweden und Dänemark kleine Sportsektionen zu bilden. In Holland ist trotz des anfänglichen Widerstandes der Partei ein Arbeiterportbund gegründet worden, der von der Partei unterstützt wird und sich in bester Entwicklung befindet.

Von besonderem Interesse waren die Mitteilungen von A. Linn-Riga über die Verhältnisse im Baltikum. Danach ist in Lettland die Arbeiterportbewegung mit der Schutzbundbewegung eng verbunden, und besonders unter der letzten sozialistischen Regierung ist der Arbeiterport erfreulich vorwärtsgesgangen. Auch von einem Regierungswechsel befreiten die lettischen Arbeiterporter keine Hemmung dies Auffschwungs. Ein gute Entwicklung des Arbeiterports ist auch in Estland zu verzeichnen. In Polen bestehen jetzt vier Sektionen der Arbeiterportbewegung, die durch eine Zentrale verbunden worden sind. Sehr schlimm stehen die Dinge leider in Litauen, wo der dortige Diktator die gesamte Arbeiterportbewegung getrimmert hat. Auch in Italien ist die Arbeiterportbewegung vollkommen unterdrückt.

Der Pressebericht der Arbeiter-Sportinternationalen, über den Koppich-Leipzig berichtet, fand allgemeine Anerkennung. Es wird vorläufig nur eine deutsche Ausgabe erscheinen, die für Belgien und Frankreich in die französische Sprache übertragen wird. Ueber die internationalen Beziehungen berührt Julius Deutsch-Wien. Die Sozialistische Arbeiterport-Internationale und auch die Internationale der Gewerkschaften stehen dem Arbeiterport freundlich gegenüber und werden zu seiner Unterstützung alles tun.

Das Verhältnis der Arbeiterportinternationalen zu Rußland legte Gellert-Leipzig dar, der an Hand eines sehr umfangreichen Materials den von den deutschen Verbänden mit Rußland vollzogenen Bruch begründete. Auch jetzt nützt die kommunistische Internationale trotz aller gegenseitigen Versicherungen die mit der Sozialistischen Arbeiterportinternationalen noch bestehende Verbindung zu deren Bekämpfung aus. Es wurde daher beschlossen, daß der sportliche Verkehr mit Rußland nicht wieder aufgenommen werden kann, solange die kommunistische Internationale den Kampf gegen die SASZ. nicht

aufgibt und solange die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern nicht darauf verzichten, die Entsendung russischer Sportler zu Parteizwecken auszubedenken. Es bleibt aus denselben Gründen auch weiterhin unerläßt, mit den kommunistischen Organisationen der Schweiz und Frankreichs sportliche Beziehungen zu pflegen.

Ferner wurde beschlossen, die Bezeichnung „Luzerner Sport-Internationale“ fallen zu lassen und dafür die Bezeichnung „Sozialistische Arbeiterport-Internationale“ (SASZ.) zu wählen. An die Stelle des wegen Arbeitsbelastung von seinem Amt als Vorsitzender des Technischen Ausschusses zurücktretenden Benedikt-Leipzig tritt Pöhren-Leipzig. Die nächste Tagung der Arbeiterport-Internationale soll Ende August dieses Jahres in Bern abgehalten werden.

Immer vorwärts auf die Höhen



lernst Du steigen im Arbeiter-Turn- u. -Sportbund

Auf dem Wege zur Fußball-Bundesmeisterschaft

BPD Im 2. Kreis (Anhalt, Prov. Sachsen, Braunschweig) sind die Bezirksmeister bis auf einen ermittelt und heißen: „Sportfreunde“ Thale; „Sportfreunde“ Dessau; Freie Turner Wschersleben; Freie Turner Braunschweig; Sportverein Halle-Kröllwitz und Freie Turnerschaft Greppin. Vorausichtlich wird „Weißhof“ Schönebeck für den Magdeburger Bezirk die Lücke schließen. Die Bezirksmeister haben in diesem Jahre ihre Spiele um die Kreismeisterschaft sehr ernst zu nehmen, wer verliert, scheidet endgültig aus.

In Norddeutschland (3. Kreis) stellen sich als Bezirksmeister vor: „Dittenen 93“ Hamburg; „Hansa“ Kiel; „Vorwärts“ Lübeck und HSV, Malchin. Die Paarungen für die Ausscheidungsspiele um die Kreismeisterschaft sind: Lübeck gegen Malchin und Kiel gegen Hamburg. Die Sieger aus beiden Treffen liefern das Schlussspiel.

Rheinland-Westfalen (6. Kreis) meldet als Bezirksmeister: SpCl. Köln-Nord; Freie Turn- und Sportgemeinde Ohligs; SpCl. Elberfeld 1912; Hagen 96 „Arminia“ Raunel; „Breußen“ Aßenessen; Freie Turnerschaft Gerresheim; Blau-Weiß „M.-Gladbach“; Borussia“ Stolberg; „Union“ Ahlen; „Vorwärts“ Werne; SpCl. Gelsenkirchen 23; „Tura“ Koblentz; Duisburg-Hochfeld 23. Die 14 Bezirksmeister tragen in vier Gruppen je eine Runde aus. In einer weiteren Runde treffen die Gruppenmeister zur Ermittlung des Kreismeisters zusammen. Ausrichterische Anwärter auf den Meistertitel sind Köln-Nord, Elberfeld 1912, Gelsenkirchen, Aßenessen und der vorjährige Meister Gerresheim.

BPD. Fußball in Mecklenburg. Das Jahr 1927 war auch für die Arbeiterfußballbewegung auf dem Lande wiederum ein Aufstiege. Während 1926 in Mecklenburg 37 Mannschaften an den Serienspielen teilnahmen, waren es im vorliegenden Jahre 48. 300 ausgetragene Serienspiele verhängen bei den weiten Entfernungen der Vereine eine sehr hohe Summe Reisegehd und stellte an die Spieler hohe ideale Anforderungen.

Die Kreisvertreterkonferenz des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

die am 28. und 29. Januar in Leipzig zusammentritt, wird zu überaus wichtigen Fragen des Bundes Stellung nehmen. Es kann schon jetzt mitgeteilt werden, daß der Bund trotz der Schwere der Zeit ein festes Ansehen seiner Mitgliederzahl zu verzeichnen hatte. Besonders Interesse dürfte der Bericht über den Stand des „Turnverlages“ erwecken, der sich zum größten Sportartikelgeschäft Deutschlands entwickeln konnte. Benedikt-Leipzig wird über die seit 1 1/2 Jahren in Tätigkeit befindliche und von ihm geleitete Bundesschule berichten und besonders eingehend die Leistungen, die mit den Lehrkursen und Lehrklassen erzielt wurden, darlegen. Gerade die Bundesschule ist dazu berufen, dem weiteren Aufstiege der Arbeiterportbewegung die Wege zu ebnen. Eine sehr lebhaft Aussprache dürfte auch die Spartenfrage auslösen, geht doch der Kampf um das Problem: zentralistischer Aufbau des Bundes über Verwaltungskreise oder föderalistische Spartenbünde. Vorausichtlich wird die Kreisvertreterkonferenz einem Vorhlag der Spartenkommission zustimmen, wonach der zentralistische Gedanke im Aufbau des Bundes sachungsgemäß festgelegt wird. Ueber den in diesem Jahre stattfindenden Bundesstag wird dann der Bundesvorsitzende Gellert-Leipzig referieren. Schließlich steht noch das Thema „Wertungen“ zur Beratung, für das ein Referat von Rüdiger-Wien vorgelesen ist.

Der Freie Seglerverband hält am 14. und 15. Januar 1928 seinen Bundesstag im Berliner Gewerkschaftshaus ab.

Der Weltrekord im 500-Meter-Freistilswimmen für Frauen, den bisher die Kanalschwimmerin Gertrud Oberle hielt, ist von der Amerikanerin Martha Korelius auf 7 Minuten 29,6 Sekunden verbessert worden. Bei den in Real abgehaltenen Ausscheidungskämpfen für die bürgerlichen Olympischen Spiele schuf der Estländer Lubaar in der Schweregewichtsklasse einen neuen Weltrekord im linksarmigen Reißen, indem er 20 Kilogramm zur Hochtreue brachte; die alte Weltbestleistung hielt Hünenberger-Schweiz mit 87,5 Kilogramm.

Das Bestreben der Kirche, nach puritanischem Vorbild am Sonntag jede Sportbetätigung zu unterbinden, wächst immer mehr zu einer Gefahr für den Sport aus. Demnach soll sogar dem Reichstag ein Gesetzentwurf zugehen, der eine stärkere Beachtung der „Sonntagsheiligung“ verlangt. Gegen dieses mörderische Treiben kirchlicher Kreise wenden sich neuerdings auch bürgerliche Sportler, nachdem sie anfangs noch vergeblich versucht hatten, die Kirche durch ein Paktieren zustimmen zu stellen. So hat bereits der Deutsche Fußballbund gegen das geplante Gesetz Einspruch erhoben. Mit besonderer Schärfe verurteilt auch die „Kölnische Zeitung“ diese heuchlerische Art der Sonntagsheiligung, indem sie zum Ausdruck bringt, daß diejenigen, die den erwählten Gesetzentwurf einbringen wollen, gut daran tun würden, in erster Linie einmal erst für ein gesellschaftliches Wochenende und für die Erfüllung der Spielplatzwünsche zu sorgen. Dieser scharfen Kritik einer bürgerlichen rechtgerichteten Zeitung braucht nichts hinzugefügt zu werden.

BPD 6818 Vereine zählte der Arbeiter-Turn- und Sportbund am 31. Dezember 1927. Das ist gegen den Jahresabschluss 1926 ein Mehr von 170 Vereinen. Die Zahl wäre noch höher, wenn nicht 80 Vereinigungen stillgefallen hätten. Die Kursentwicklung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung läßt sich nicht hemmen.

Ein Stiprump von 71 Meter gelang dem Schweizer E. Jani bei einer an der Bernerhänge in Pontresina veranstalteten Sprungkonkurrenz. Der Norweger Hileggard sprang 69 Meter.

Der Bundesvorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes hat am 28. und 29. Januar 1928 eine Kreisvertreterkonferenz nach Leipzig einberufen. Die Konferenz soll sich in erster Linie mit Spartenfragen, Kreislagern, Bundesstag und Wehrturmen beschäftigen.

Der Elbertretungsdienst der Dresdner Arbeiterschwimmer kann auf eine fünfjährige erfolgreiche Tätigkeit zurückblicken. In den Jahren 1923 bis 1927 sind von den tapferen Arbeiterschwimmern unter dem Einsatz ihrer persönlichen Kräfte über 40 Menschen vor der Gefahr des Ertrinkens gerettet worden. In zahlreichen Fällen wurde bei Bootsunglücken und anderen Unfällen sanitäre Hilfe geleistet.

Die Veranstaltungen des Arbeiter-Athletenbundes im Jahre 1928. Der Arbeiter-Athletenbund will im Jahre 1928 die Austragung seiner Bundesmeisterschaften im Gewichtheben, Ringen und Bogen mit Einzelkämpfen in allen seinen Sportarten verbinden. 22 Kreise werden ihre besten Vertreter entsenden. Die Veranstaltung soll am 11. und 12. August im Ebert-Park in Ludwigshafen stattfinden. Der erste große Reichsartisten-Wettbewerb des Bundes findet am 25. März in der „Neuen Welt“ in Berlin statt, während Ende April und Anfang Mai eine Ringermannschaft des Bundes Wettkämpfe austragen wird in Finnland, Estland, Lettland und Polen. Die Verhandlungen zu diesen internationalen Treffen sind bereits eingeleitet.

Ein neues Heim der badischen Naturfreunde. Den badischen Naturfreunden ist es gelungen, bei Markelfingen zwischen Radolfzell und Konstanz ein Gelände von 20 000 Quadratmeter zu erwerben, auf dem ein neues eigenes Heim errichtet werden soll, dessen Uebernahme für den 1. April 1928 vorgelegen ist. Diese Neuwerbung bedeutet eine weitere Bereicherung der von den badischen Naturfreunden bereits im Odenwald und im Schwarzwald geschaffenen zahlreichen Unterkunftsstätten.

Ein Lehrgang für die Kreiswintersportwarte soll vom 8. bis 13. Januar im Schwarzwald stattfinden. Dazu haben Oesterreich und Frankreich ihre Beteiligung bereits zugesagt. Bei günstigen Wetter soll u. a. ein Wintersportfilm gedreht werden, der besonders die Technik des Schneeschuhlaufens behandeln wird.

Internationale Arbeiterport-Tagungen. In der Zeit vom 5. bis 9. Januar 1928 werden in der Arbeiter-Turn- und Sport-schule in Leipzig der Internationale Technische Hauptauschuss, die Internationalen Fachauschüsse und das Internationale Bureau zusammentreten. Der Hauptauschuss wird zur nächsten Arbeiter-Olympiade 1931 in Wien sowie zur Frage des Berufssportlerturns Stellung nehmen. Das Bureau der Luzerner Sport-Internationale wird sich mit den Botschaften von Helsingfors und mit der Frage einer neuen Verbindung mit Rußland beschäftigen. Am 6. Januar findet eine Sitzung des Internationalen Leichtathletik-Auschusses statt, in dem Lettland, Finnland, Frankreich, die Tschechoslowakei und Deutschland vertreten sind. Gegenstand der Verhandlungen sind die Anerkennung internationaler Höchstleistungen, Ausgestaltung internationaler Wettkämpfe und Olympiade 1931.

Jetzt Käufer greift zu!

Als neuestes Spezialhaus am Platz können Sie

Ein Wille - Ein Weg!

Nur bei mir

in meinem ersten Inventur-

Ausverkauf

nur neue reguläre Waren billiger kaulen

Nur Holstenstraße 6

Feine Herren- und Jünglings-Kleidung

Franz Uornweg

Libeck Kur Holstenstr. 6

AUS DEM GEWERKSCHAFTSLEBEN

11. Januar

Beilage zum Lübecker Volksboten

Nummer 9

Im Zeichen der „Werksgemeinschaft“

Zweifelhafte Existenzen nützen die Konjunktur

Das Unternehmertum gerät mehr und mehr in einen unlöslichen Widerspruch zu der Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Boden der privatkapitalistischen Wirtschaft weicht unter dem Druck der Arbeiter und Angestellten außer anständigen Lohn- und Arbeitsbedingungen auch ein gewisses Maß an Unternehmerricht einräumen zu müssen, hat bei einem Teil des Unternehmertums bereits geradezu pathologische Formen angenommen.

Höchst interessante und wertvolle Aufschlüsse darüber könnten uns die geschäftlichen und privaten Ausgabenkonten geben, die uns zeigen, welche Summen alljährlich für „nationale Zwecke“ aufgewendet werden, von der Finanzierung der reaktionären Parteien angefangen bis herab zu den schmierigsten Streikbrechervermittlern. Auf seine Streikabwehrklassen allein verläßt sich das Unternehmertum nicht mehr. Es gibt für alle möglichen und unmöglichen Spekulationen Unsummen von Geld

her, die ihm irgendwie geeignet erscheinen, den Gang der Entwicklung aufzuhalten oder doch ihn zu verlangsamen. Kein Schwund schreckt ihn zu dünn und zu plump, als daß nicht doch etliche Unternehmer darauf hineinfallen, in der Sucht, sich mit ihrem Betriebe irgendwie gesundzudecken zu lassen.

Eine ganze Menge von Schmarotzerexistenzen macht sich diese Sucht und Sucht anzuhe, mit gutem Erfolg. Was auf diesem Gebiete alles möglich ist, zeigt ein aus einem gelben Papier gedrucktes Zirkular einer Gesellschaft, die sich als „Deutsche Kolonial-Verband nationalangehöriger Arbeiter“ ausgibt und sich mit einer ganzen Reihe weiterer Titel versehen hat, wie „Nationalverband für Industrie- und Bergbau des Kommunismus“, „Zentralstelle für Industrie- und Bergbau des Kommunismus“, „Zentralstelle für Industrie- und Bergbau des Kommunismus“ usw.

Für den „Vorstand“ zeichnet als 1. Vorsitzender ein Fritz Wille, Berlin N. 30, Sellenstraße 34, der seine Bürozeit von 2-4 Uhr, außer Sonnabends und Sonntags, gelegt, der seine „Arbeitszeit“ also auf 20 Stunden in der Woche verläßt hat. In seinem Zirkular macht dieser Wille einer „sehr geehrten Direktion“ die weiterschütternde Offenbarung:

„Seit langer Zeit schon rufen die sogenannten roten und freien Gewerkschaften im Verein der Kommunisten zum Kampf gegen das Unternehmertum. . . Unsere Aufgabe ist es, alle Unorganisierten aufzuklären und in unsere Reihen einzureihen — in alle Betriebe Vertrauensleute von uns unterzubringen, um somit gegen jeden unberechtigten Streik gerüstet zu sein — sowie Streiks mit politischem Charakter zu brechen. Helfen Sie uns bei unserer Arbeit!“

Nach dieser Einleitung kommt Fritz Wille zu dem Schluß: „Die von den geringen Beiträgen unserer Mitglieder vor-

Gelder reichen nicht aus,

einen wirksamen Kampf gegen diese Streikorganismen zu führen, warum wir Sie um Ihre gütige Hilfe bitten. Unter Beachtung anliegender Zahlkarte wollen Sie uns bitte sofort Ihre Beiträge überreichen.

Somit jederzeit zu Ihren Diensten zeichnet mit deutschem Gruß . . .

Wir weisen nicht daran, daß dieser Wille mit seiner Gründung einigen Erfolg hat, trotzdem er in seiner Velleit sich ebenso unbeholfen zeigt als in seiner Schreibweise. Er zeigt sich als „gutgefunnt“ und darauf kommt es den Geldgebern an. Für sie aber, für das Unternehmertum, ist es bezeichnend, daß solche Spekulationen möglich und alltäglich geworden sind.

Die Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn

Die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat den Hauptbetriebsrat aufgefördert, den Hauptwahlvorstand zu bestellen und alsbald einen einheitlichen Wahltermin für das ganze Reichsgebiet festzusetzen. Der Hauptwahlvorstand wird in den nächsten Tagen gebildet werden und voraussichtlich am 6. d. Ms. zusammentreten. Es ist jedoch anzunehmen, daß er sich nicht der Auffassung der Hauptverwaltung bezüglich des Wahltermins, sondern der vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands vertretenen Auffassung über die Rechtsmäßigkeit dieses Punktes der Verordnung des Reichsverkehrsministers anschließen wird.

Der Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands hat die Betriebsverteilungen im Reich aufgefördert, die Wahlvorstände spätestens am 17. Januar d. J. zu bestellen. Eine frühere Bestellung ist nicht notwendig. Sie muß jedoch am 17. Januar erfolgen, da sonst die Wahlvorstände von der Verwaltung bestellt werden. Die Wahlvorstände sollen zunächst nur die Wahlkreise anstellen. Für den Erlaß der Wahlauschriften sind weitere Anweisungen vom Vorstand des Einheitsverbandes abzuwarten. Die Wahlauschriften sind erst dann zu erlassen, wenn der Wahltermin vom Hauptwahlvorstand festgesetzt ist. Die Entgegennahme von Wahltagslisten kann erst nach Erlaß des Wahlauschreibens erfolgen. Die Wahlvorstände sind vorher nicht zur Entgegennahme von Wahltagslisten verpflichtet.

Die Betriebsratsmitglieder des Einheitsverbandes werden aufgefordert, sich sofort mit ihren Ortsverwaltungen in Verbindung zu setzen, die ihnen weitere wichtige Einzelheiten mitzuteilen haben. Der Vorstand des Einheitsverbandes erwartet von seinen Funktionären und Betriebsräten, daß sie sich streng an seine Anweisungen halten. Es gilt, den vom deutschnationalen Verkehrsminister Koch und seinen Trabanten geführten Schlag gegen die Betriebsräte mit aller Entschiedenheit abzuwehren.

Warnung vor gewerkschaftlichen Hochstaplern

Der Vorstand des ADGB richtete in den letzten Tagen des vergangenen Jahres an die Verbandsvorstände eine Warnung vor internationalen Schwindlern. Danach haben in letzter Zeit bei Verbandsvorständen und Ortsverwaltungen verschiedener Organisationen angebliche italienische Flüchtlinge um Unterstützung nachgesucht. Nach den dem Bundesvorstand vorliegenden Angaben zu urteilen, kommen nicht wenige solcher Bittsteller in Frage, die auch fast ausnahmslos ihr Ziel erreichten. Es besteht Grund zu der Annahme, daß es sich dabei um ein Betrugsmanöver handelt. Die Bittsteller legitimieren sich in der Regel mit einer roten Ausweisakte der „Confederazione Italiana del Lavoro (C. G. L. Italien), Membre della Concentrazione Antifascista, Sezione (folgt die Branche)“. Diese Legitimationen sind offenbar gefälscht. Die angeblichen italienischen Flüchtlinge können nicht italienisch sprechen. Legitimationskarten, die solchen Bittstellern von einigen Verbandsvorständen abgenommen, dem Bundesvorstand zwecks Kontrolle vorgelegt wurden und bei diesem wieder in Empfang genommen werden sollten, wurden von den so Gefassten im Stich gelassen. Es sind geeignete Maßnahmen ergreifen, um den Schwindlern das Handwerk zu legen. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß die Schwindler ihr Tätigkeits-

Die Konsumvereinsbewegung

Ein Rückblick auf das Glanzjahr 1927

Der Wirtschaftsausschwung 1927 hat auch die proletarischen Verbraucherorganisationen Deutschlands mächtig in ihrer Entwicklung gefördert. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit bedeutet auch Stärkung der Kaufkraft jener Massen, auf die sich die Konsumvereine in erster Linie stützen. Gewerkschaftliche Kampferfolge erhöhten das Wohneinkommen ihrer Mitglieder, damit das Einkommen im Arbeiterhaushalt überhaupt und schärfte eine bessere Grundlage für stärkeren Verbrauch; die Vorbedingung für eine Steigerung der Umsätze in den Konsumvereinen wurden verläßt.

Schwere Zeiten

hatten die Konsumgenossenschaften in den letzten Jahrzehnten zu durchleben. Seit der Jahrhundertwende, dem Beginn unvollständiger genossenschaftlicher Tätigkeit in Deutschland, blieben nur vierzehn Jahre bis zum Weltkrieg, um die Bewegung über ihre Anfänge hinaus in Fluß zu bringen. Im fünfjährigen Weltkrieg mußten sich die Konsumvereine darauf beschränken, ein Abwärtsgeraten zu verhindern. Es folgten die Jahre des Währungsverfalls, in denen die Genossenschaften um die nackte Existenz kämpfen mußten. Wohl schlossen die Mitgliederzahlen an. Warenknappheit und Warenmangel trieben Hunderttausende von Verbrauchern in die Genossenschaften. Innerlich jedoch zerbrach die Wirtschaftsprüfung an dem finanziellen Fundament, so daß die ersten Jahre nach der Währungsstabilisierung einen gründlichen Neuaufbau mit den erzielten Mitteln notwendig machten. Heute darf gesagt werden, daß die Konsumgenossenschaften, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die ihrer gut anvertrauten gemeinnützigen Unternehmungen sicher durch alle Wirren geführt haben. In nachdrücklichem Auftrieb streben die genossenschaftlichen Organisationen vorwärts, ihren großen und noch immer wachsenden Zielen entgegen.

Der Wiederaufbau

In der Mitgliederbewegung ist allerdings noch kein zahlenmäßiger Fortschritt zu verzeichnen, da der aus der Ausmerzung der Inflationsgasse sich ergebende Abgang an Mitgliedern den Neuzugang überwiegt. Die Reorganisation der Mitgliederlisten liegt aber unter uns. Das Jahr 1928 wird als Folge des von fast allen Genossenschaften gemachten Zustroms ein Ansteigen des Mitgliederbestandes zeigen.

Die Umsätze, der entscheidende Erfolgsmark, liegen um so glanzvoller.

Umsätze des Zentralverbandes 1925, 1926 und 1927

	1925	1926	1927
1. Vierteljahr . . .	147 999 559	172 210 261	206 210 919 M.
2. Vierteljahr . . .	157 125 020	181 739 481	231 999 084 M.
3. Vierteljahr . . .	175 299 713	195 299 799	236 000 172 M.
4. Vierteljahr . . .	202 685 016	235 232 706	260 000 000 M. (aeid.)
	683 109 308	787 482 244	934 210 176 M.

Das vierte Quartal 1927, dessen Ergebnisse noch ausstehen, ist sicher mit erheblich mehr als einer Viertelmillionäre Umsatz einzuzeichnen, und das Jahr 1928 wird uns der ersten Milliarde Umsatz nahebringen.

Die eigene Gütererzeugung — Die GGG.

Die stark wachsenden Verkäufe zwingen die Vereine und ihre Zentralen zu ständigen Betriebsveränderungen. Besonders die eigene Gütererzeugung wurde mit großem Erfolg vergrößert. War es bisher hauptsächlich die Erzeugung von Radwaren, der sich die Genossenschaften mit allseitig anerkanntem Erfolg widmeten, so wurden neuerdings zahlreiche Betriebe für Kleinfabrikverarbeitungen und Wurstherstellung angegliedert. Die bisherigen Ergebnisse sind im höchsten Maße hoffnungsvoll. Geleitet wird die Ausdehnung der Eigenproduktion von der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, der GGG. Sie hat und kontrolliert heute schon über mehr als 40 Fabriken, in denen 1926 für 42 Millionen Mark Waren hergestellt wurden. Neben umfangreichen Erweiterungen bei der GGG. 1927 neu: Errichtung einer Großmühle in Magdeburg, Geländekauf für Errichtung einer weiteren Mühle in Mannheim, Erwerb der vierten Zigarettenfabrik in Baden, Erwerb der Fleischfabrik Böls. U. G. in Eidenburg, Erwerb eines Landgutes von 2700 Morgen in der Altmark, das der Eigenherstellung unserer Glendaler Konservenfabrik dienen wird. Froh und stolz dürfen wir über diese Entwicklung der GGG. auch im Jahre 1927 sein.

gebiet nunmehr nach auswärts verlegen, nachdem ihnen der Berliner Boden zu heiß geworden ist. Bei dieser Gelegenheit sei auch darauf hingewiesen, daß vor mehreren Wochen von der österreichischen Landeszentrale der Gewerkschaften über den Internationalen Gewerkschaftsbund auf Betreiben von Einzelpersonen und Korporationen aus Oesterreich aufmerksam gemacht wurde. Die österreichische Landeszentrale knüpfte an diese Mitteilung die Empfehlung, solche Gesuche um Hilfe unbeantwortet zu lassen. Dieser Empfehlung bittet der Vorstand des ADGB, zu entsprechen.

Das englische Anti-Gewerkschaftsgesetz

Das von der Regierung Baldwin Anfang des Jahres 1927 verabschiedete Anti-Gewerkschaftsgesetz hat Auswirkung zur Folge, die nicht nur die nationale, sondern vor allem auch die internationale Beamtenbewegung ungünstig beeinflussen. So sah sich u. a. die der Beamteninternationale angeschlossene Civil-Service-Confederation gezwungen, zunächst ihre Mitgliedschaft in der Beamteninternationale zum 1. Januar 1928 zu kündigen. Allerdings haben Vertreter der englischen Beamten-Organisation bereits auf dem Nürnberger Kongress der Beamten-Internationale in Aussicht gestellt, daß sie die Verbindung mit der Beamten-Internationale um jeden Preis aufrecht erhalten würden. Die der I.B.T. (Internationaler Bund der Post-, Telegraphen- und Telefon-Personals) angeschlossene Union of Post-Office-Workers hat, wie wir erfahren, auf dem Wege eines Kompromisses von der englischen Regierung die Erlaubnis erhalten, zunächst bei der I.B.T. verbleiben zu können.

Schon aus diesen Tatsachen kann die Beamtenenschaft ersehen, wie bedeutsam für ihre eigenen Geschicke der Ausfall der Parlamentswahlen in den einzelnen Ländern ist. Kommt in England eine Linksrégierung zustande, so ist schon heute mit ziemlich sicherer Sicherheit anzunehmen, daß das englische Anti-Gewerkschaftsgesetz grundlegende Änderungen zugunsten der gesamten Arbeitnehmerchaft erfahren wird.

Die Finanzen des Konsums

Von weittragender Bedeutung ist die Frage, woher die Quellen fließen, die Mittel, durch welche die Konsumvereine in den Stand gesetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen? Wohl wachsen Gehälter von eile, von Millionen in den Konsumvereinen in erheblicher Weise. Aber es ist nicht möglich, aus, um ganz aus eigener Kraft alles zu bezahlen. Die Konsumvereine sind daher gezwungen, sich durch die Sparmaßnahme einzelner Mitglieder zu unterstützen (siehe Sparsache „Von 10 Millionen Mark im Jahr 1927“). Im Jahre 1927 wurden die Einnahmen der Konsumvereine auf 199 Millionen Mark im 3. Quartal 1927. Mit wird über wachsende Einnahmen der Konsumvereine berichtet — im Vergleich zu der Entwicklung der Konsumvereine bleiben sie weit zurück. 1914 hatten die Konsumvereine insgesamt 70 Millionen Mark Einnahmen. Heute haben sie nach der Statistik der Konsumvereine 1927 fast 200 Millionen Mark mehr. Die Konsumvereine sind also in der Lage, ihren Ausgaben zu entsprechen. Die auf der dem aberhandlungsmasse im Jahre 1927, vierte Zahlung einer gemeinsamen Sparsache, sind unter Berücksichtigung der genossenschaftlichen Sparsache, die in der deutschen Welt weit verbreitet ist, zu betrachten. Die Konsumvereine sind also in der Lage, ihren Ausgaben zu entsprechen. Die auf der dem aberhandlungsmasse im Jahre 1927, vierte Zahlung einer gemeinsamen Sparsache, sind unter Berücksichtigung der genossenschaftlichen Sparsache, die in der deutschen Welt weit verbreitet ist, zu betrachten.

Die Steuerpolitik hemmt die Entwicklung

Die Konsumvereine fordern eine Umgestaltung der Steuer- und Gemeindesteuern; sie helfen sich selbst, sie verlassen die eigenen Kraft. Was aber vom Gesetzgeber verlangt werden muß, ist, daß alle unangemessenen, den Konsumvereinen auferlegten Steuern in Abfall kommen. Dazu gehören vor allem die Gemeindesteuern in Preußen und einigen anderen Ländern. Nach der Meinung maßgebender Steuerexperten sind die Gemeindesteuern des Reichs im allgemeinen zu hoch und durch den Anstieg des Reichsinnenschuldenstandes zu erhöhen. Die Gemeindesteuern werden sich durch nicht heben lassen, während der Weimarer Zeit, was erst recht dort und soll hier etwas gesehen, um die der Lauf der Gemeindesteuern zu mindern. Dieser Maßnahmen und Vereinbarnisse über die Gemeindesteuern sind nicht zu erwarten. Die Steuerpolitik hemmt die Entwicklung der Konsumvereine.

Die Steuerpolitik hemmt die Entwicklung

Die Konsumvereine fordern eine Umgestaltung der Steuer- und Gemeindesteuern; sie helfen sich selbst, sie verlassen die eigenen Kraft. Was aber vom Gesetzgeber verlangt werden muß, ist, daß alle unangemessenen, den Konsumvereinen auferlegten Steuern in Abfall kommen. Dazu gehören vor allem die Gemeindesteuern in Preußen und einigen anderen Ländern. Nach der Meinung maßgebender Steuerexperten sind die Gemeindesteuern des Reichs im allgemeinen zu hoch und durch den Anstieg des Reichsinnenschuldenstandes zu erhöhen. Die Gemeindesteuern werden sich durch nicht heben lassen, während der Weimarer Zeit, was erst recht dort und soll hier etwas gesehen, um die der Lauf der Gemeindesteuern zu mindern. Dieser Maßnahmen und Vereinbarnisse über die Gemeindesteuern sind nicht zu erwarten. Die Steuerpolitik hemmt die Entwicklung der Konsumvereine.

1 Milliarde geschafft — 12 Milliarden sollen's sein!

Das erfreuliche Bild der konsumgenossenschaftlichen Entwicklung läßt aber noch in viel helleren Farben leuchten. Der Wert der genossenschaftlichen Selbsthilfe nur in den arbeitenden Massen, bei Arbeitern, Angestellten und Beamten restlos erkannt werden. Millionen von Verbrauchern sind noch nicht im Konsumschwund durch irrationalen Einkauf die Konsumvereine gezwungen Einkommens. Doch fehlt Millionen die Erkenntnis, daß die Zusammenfassung und wertvolle Verbindung der Konsumvereine durch genossenschaftliche Selbsthilfe die beste und wirksamste Methode des arbeitenden Volkes ist. Von Hunderttausenden werden selbst die Partei- und Gewerkschaftsbeschäfte nicht befolgt, die zur Mitgliedschaft in der Konsumvereine auffordern. Deutschland hat bei seinen mehr als 60 Millionen Einwohnern rund 15 Millionen Haushaltungen; 12 Millionen davon leben von Löhnen und kleinen Gehältern. Jeder Haushalt braucht jährlich mindestens für 1000 Mark Waren, wie sie die Konsumvereine liefern. Das ergäbe einen Umsatz von 12 Milliarden Mark. 1925 wird aber erst die erste Milliarde davon durch die Konsumvereine fließen. Ein Zwölftel ist erst davon — elf Zwölftel gilt es zu gewinnen! Hier liegt die Aufgabe der Zukunft. Wir müssen sie lösen.

Die Sozialversicherung in Sowjetrußland

Kein Geld für Sozialversicherung

Die Sozialversicherung in Sowjetrußland leidet schon seit langer Zeit an einem großen Geldmangel. Immer wieder meldet die Sowjetpresse, daß die Auszahlung von Renten nicht rechtzeitig erfolgen kann, weil die Kassen nicht über genügend Mittel verfügen. Im „Trud“ (28. Dezember 1927, Nr. 25) wird zu diesem Thema folgendes berichtet: „Die Gouvernementsstellen von Wladimir machen eine große finanzielle Krise durch. Es ist kein Geld zur Auszahlung von Renten vorhanden. Die Auszahlung von Renten und Beihilfen wird monatlich verzögert. Viele Versicherte geraten auf diese Weise in eine außerordentliche Notlage. Die finanzielle Krise ist dadurch hervorgerufen, daß die Wirtschaftsorgane und die Behörden ihre Sozialversicherungsbeiträge sehr nachlässig entrichten. Am 1. November betrug die Verschuldung an die Versicherungslasse 170 000 Rubel, gegenwärtig hat sie bereits 1 Million erreicht. Eine Reihe von Behörden zahlt 3 bis 4 Monate keine Kopien an Versicherungsbeiträge. Ideale, wirklich vorbildliche Zustände! Schade nur, daß die „Rußlanddelegierten“ nicht Gelegenheit haben, einmal mit den hungernden Rentnern ohne Rente zu sprechen.“

Neue Grundzüge für die Verwaltungsreform bringt ein soeben im Verlage des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes erschienenen Werk „Die Verwaltungsreform als Aufgabe der Demokratie“ von Bürgermeister Dr. Carl Herz, Berlin. Wegen der besonderen Aktualität des Themas sollen die von Herz in seinem Buche dargelegten Gedankengänge auch von den Beamtenorganisationen mehr als bisher in den Kreis der Erörterung gezogen werden. Wenn die Beamtenenschaft sich bei der Lösung der Frage der Verwaltungsreform ausschließen würde, bestünde die Gefahr einer einseitigen Erledigung der Reform durch die Verwaltungsbürokratie. Die Verwaltungsreform läßt sich nur im Zusammenhang mit den großen politischen Fragen, insbesondere mit der Lösung der Frage des Einheitsstaates, verwirklichen.

FÜR DIE MUßESTUNDE

Nur ein Tropfen Blut!

Wunder des Lebens

Von Emil Korn, Berlin

Blut und Aberglaube — 25 Millionen Blutkörperchen — Gesundheitspolizisten in der Blutbahn — Mischelhafte Kräfte im Serum

Ist es nicht merkwürdig, daß viele Menschen „kein Blut sehen können“? Selbst bei einer ganz kleinen Verletzung fällt manche jauchend durchsichtige Flüssigkeit in den Schalen des schönen Geschlechtes in Ohnmacht; aber auch das sogenannte „starke Männergeschlecht“ kann das Schlachten eines Tieres „nicht sehen“, und ein unbeschädigtes Gefühl ist es doch, wenn der „Lebenssaft“ in leuchtendem Strahle aus dem Körper des Schlachtieres dringt. Weil das mit dem Blut geheimnisvoll verbundene „Leben“ entsteht, deshalb hat das blutige Tier- und Menschenopfer besonders bei religiösen Handlungen z. B. im Altertum eine höchst bedeutsame Rolle gespielt und spielt sie bei vielen primitiven Naturvölkern auch heute noch. Mit dem Blut werden dort Verträge nicht nur unterzeichnet, sondern auch vollständig geschlossen. Mit dem Blut entweicht die Seele, die bei einfachen Völkern, wie man glaubt, als „böser Geist“ die Überlebenden quält und verfolgt kann.

Dem Aberglauben wird Tür und Tor geöffnet,

und es erscheint uns kaum glaublich, wenn in Berlin noch im Jahr 1861 die Fenster zahlreicher Schmuckläden in das warme Blut des Hingerichteten tauchten und sich für das Stück zwei Taler bezahlen ließ. Blut ist eben, wie es in Goethes „Faust“ heißt, „ein besonderer Saft“. Es ist voller Mysterien und Wunder und, auch im Sinn der wissenschaftlichen Forschung, eine Welt für sich.

Unter das Mikroskop gebracht, zeigt es eine farblose Flüssigkeit, in der eine Anzahl gelblicher runder Scheibchen schwimmen, die sich wie Münzen in einer Geldrolle aneinander legen, es sind die Blutkörperchen, die durch ihre ungeheure Masse dem Blute die rote Farbe verleihen. Von der ungeheuren Zahl, die ein Mensch beherbergt, kann man sich kaum eine Vorstellung machen, wenn man bedenkt, daß in einem einzigen Tröpfchen von Siedendadelgröße (1 Kubikmillimeter) etwa fünf bis sechs Millionen Platz finden können. Das ergibt bei rund fünf Litern Blut, die ein gesunder Mensch mit dem Durchschnittsgewicht von 70 Kg. besitzt, die Kleinigkeit von rund 25 Billionen. Jedes dieser Scheibchen besitzt einen Durchmesser von nur 0,007 Millimeter; 1000 nebeneinander gelegt ergeben ein dem bloßen Auge unmerkliches Strichchen von sieben Millimetern, die Menge im Siedendadelkopf also schon eine Länge von 35 Meter. Alle im Blute eines Menschen vorhandenen Blutkörperchen nebeneinandergesetzt, würden

eine Fläche von rund 3200 Quadratmeter

bedecken, also einen Teppich von über 36 Meter Seitenlänge darstellen. Hier haben wir wieder eines der größten Wunder vor uns, deren Höhe die Natur bedient, um das Leben zu erhalten.

Wie nun diese ungeheure Zahl notwendig? Die Blutkörperchen lassen sich mit kleinen Röhren vergleichen, die, mit Sauerstoff beladen, die Gewebe mit diesem Lebensgas versorgen. Dazu bedient sich die Natur des Eisens, das mit Eiweiß zusammen das Hämoglobin bildet. Dieser ungenügend schwierig zusammengesetzte Stoff vermag nun den Sauerstoff leicht festzuhalten (in der Lunge!), ihn aber ebenso leicht wieder (in den Geweben) abzugeben, die ständig mit Sauerstoff versorgt werden müssen. Je größer die Oberfläche, also der Laberraum, ist, desto mehr kann von der Lebensluft verladen werden; die ungeheure

große Zahl der Blutkörperchen ist also eine durchaus notwendige Einrichtung.

Diese kleinsten Förderer und Träger des Lebens verbrauchen sich aber auch; denn schon nach drei Wochen sind sie abgenutzt und wandern in die Leber, die den Gallenfarbstoff aus ihnen bereitet. Scheinbar verbrauchtes Material wird also im Organismus von neuem nutzbringend verwendet. Was in einem technischen Unternehmen oft die allergrößten Schwierigkeiten bereitet, die Abfallstoffe wieder zu verwerten, das leistet der lebende Organismus spielend leicht.

Auch im Blute ist alles sorgfältig organisiert. Auf je 500 dieser soeben beschriebenen roten Blutkörperchen, die als fleißige Arbeiter unermüdlich den kostbaren Sauerstoff aus den Lungen in die Gewebe schleppen, kommt immer ein „Auspazier“ in Gestalt eines so ganz anders aussehenden weißen Blutkörperchens. Diese kriechen, im Gegensatz zu den roten unbeweglichen Blutkörperchen, wie kleine Tiere mittels schleimartiger Füßchen munter im Blut umher und fressen alles auf, was nicht in den Blutstrom hineingehört, hier ein abgestorbenes zerbrochenes Blutkörperchen, dort giftige Bakterien und winzige Staubteilchen, denen es trotz aller Vorsichtsmaßregeln doch gelang, in die Blutbahn einzudringen. Der Vater, der zum erstenmal das in einem starken Mikroskop sieht, glaubt also,

daß in unserm Blute wirklich „Tierchen“ leben.

Diese Leuzozythen sind also „Polizisten“, die in dem in rasender Eile dahinwirlenden Blutstrom auf strengste Ordnung halten. Sie „verhaften“ alles, liefern es im Gefängnis der Lymphdrüsen ab und machen es unschädlich, ehe es im Organismus Schaden anrichten kann. Wenn z. B. irgendwo durch eine Verwundung gefährliche Bakterien in den Körper eindringen wollen, dann strömen unsere wackeren Gesundheitspolizisten, durch geheimnisvolle dirigierende Kräfte gerufen, in großen Scharen zu dem von den Eindringlingen befallenen Gewebeteil und verflüssigen ihn (im gewöhnlichen Leben sagt man „Eiterung“ dazu!), und alles wird samt den feindlichen Bakterien ausgespült; der Heilprozeß beginnt. Das Wunderbare an diesen Vorgängen ist die geheimnisvollen Kräfte, die die Leuzozythen gerade an die gefährdeten Stellen des Körpers rufen.

Aber in dem Blute steckt noch viel mehr Wunderbares. Das Blutwasser oder Serum ist es, das dem Biologen und Mediziner eine gewaltige

Fälle von Mäusen

aufgibt, an deren Lösung fortgesetzt Tausende von Forschern arbeiten. Wir kennen Serumimpfungen; z. B. erinnern, das Diphtheriehefserum an Behrings große Tat. Gelangt nämlich eine Bakterienart in größerer Menge in den Körper, so bildet, und das ist das Seltsame, das Blut aus sich heraus Schutzstoffe, die die gefährlichen Eindringlinge einander miteinander verkleben oder sie sogar völlig auflösen. Durch allmähliche Vergrößerung der eingespritzten Diphtheriehefemenge kann man den Körper so unempfindlich oder immun machen, daß er das Tausendfache der sonst unfehlbar tödlich wirkenden Giftemenge ohne Schaden erträgt! Nicht genug damit: spricht der Arzt dieses mit Schutzstoffen angereicherte Serum einem Gesunden ein, so bleibt dieser gegen die betreffende Krankheit gefeit, und der an dieser Krankheit Leidende wird mit Hilfe der in dem Serum vorhandenen Schutzstoffe „gesund“!

Das war erst der Anfang der jetzt einsehenden Serumforschung, die noch viel wunderbarere Aufschlüsse über Lebenszusammenhänge bringen sollte. Man untersuchte die verschiede-

sten Tierkzera in ihrem gegenseitigen Verhalten zueinander, indem man das Blutwasser verschiedener Tierarten (also mehr oder weniger nahe verwandter Tiere) oder das verschiedene Tiergattungen (also entfernt verwandter Tiere) zusammenbrachte. Da blieb im ersten Falle die Mischung klar, während sie sich beim zweiten Versuche in dem Maße trübte, je weniger verwandt miteinander die Versuchstiere sind. Jedes Tier besitzt also sein ihm eigenartliches Blutweiß und verrät damit seine Verwandtschaft.

Was lag näher, als die

Blutverwandtschaft zwischen Affe und Mensch

mit Hilfe des Serums zu untersuchen? Daß der Vorfahr des Menschen kein Gorilla gewesen sein kann, das steht wohl ebenso fest, wie die engen stammesgeschichtlichen Beziehungen zwischen Affe und Mensch durch die großen Ähnlichkeiten im Körperbau, die gleiche Anlage des Gehirns und viele ähnliche geistige Fähigkeiten bewiesen sind. Was die äußere Gestalt der verschiedenen Affengattungen wahrscheinlich macht, nämlich, daß die sogenannten menschenähnlichen Affen, z. B. Schimpanse und Gorilla, dem Menschen viel näher stehen als z. B. die geschwänzten Affen Amerikas, das wurde durch die Serumprobe wirklich bestätigt. Es ergab sich, daß Schimpanse und Mensch sich viel näher stehen als der Orang-Utan und der Mensch. Der Schimpanse und der Mensch stehen sich wieder näher als Schimpanse und Makak;

St. Bürokratismus macht Witze

Er kommandiert die Sonne

Einen wirklichen Polizeigewaltigen scheint die dänische Gemeinde Slagelse in der Person ihres Polizeimeisters zu haben, der an allen Ein- und Ausfahrtsstraßen des Ortes folgenden Anschlag hat anbringen lassen: „Auch während der Sommermonate haben nach Sonnenuntergang alle unseren Ort durchfahrenden Gefährte (Verdewagen, Kraftwagen, Motorräder, Fahrräder) an der Vorderseite eine brennende, windfeste Laterne zu tragen. Den Zeitpunkt des Untergangs wird der Unterzeichnete alle zwei Monate bestimmen! Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 60 Kr. geahndet.“ Der Polizeimeister.

Da war jenes deutsche Bürgermeisteramt doch wesentlich bescheidener, das den folgenden Uas erließ:

„Von Beginn der Dunkelheit an ist in der Stadt jeder ruhestörende Lärm zu vermeiden. Die Dunkelheit tritt ein, sobald auf den Straßen die städtischen Laternen angezündet werden.“

Er bezweifelt, daß Heringe Fische sind

Eine tolle Geschichte hat sich in Henrichsburg (Westfalen) zugezogen. Ein Fischhändler kam, wie oftmals schon, in den Ort, um hier seine prima vollstetigen Heringe an den Mann zu bringen. Plötzlich lautete der Sitten der Ordnung, der ländliche Polizeibeamte auf. Er unterwarf die Papiere einer Revision und zuckte dann mit den Achseln, denn auf dem Gewerbeschein stand nur zu lesen, daß der Mann Fischhändler sei. Er sah sich daher veranlaßt, die mitgeführte Ware des Händlers zu beschlagnahmen, da nach seiner Erklärung der Hering kein Fisch sei. Obwohl der Händler alles tat, um ihm klar zu machen, daß Heringe doch Fische seien, ließ sich der Beamte nicht überzeugen. Schließlich wurde die Regierung in Arnswalde, die den Gewerbeschein ausgestellt hatte, angerufen. Es traf die Antwort ein: „Hering ist doch ein Fisch und gehört zur Gattung der Kalkfische.“

Er entscheidet über einen deutschen Reichspfennig

Ein Schiedsmann auf der Insel Fehmarn hatte die in einem Sühnetermin entstandenen Kosten in der Höhe von 7,99 Mark nach oben abgerundet und 8.— Mark erhoben. Die kostenpflichtige Partei beschwerte sich bei dem Landgericht in Kiel und es floßen blaue Tintenströme und rauschten viele Aktenbogen, um diesen wichtigen Fall aufzuklären. Die Beschwerde wurde schließlich abgelehnt. Aber jener Pfennigfischer beruhigte sich nicht dabei, sondern erhob erneut Einspruch. Ein hohes Gericht ordnete darauf an:

„Der Schiedsmann hat den einen Pfennig an den Beschwerdeführer zurückzahlen und sich darüber eine Quittung ausstellen zu lassen. Die Ueberweisung durch die Post hat zu unterbleiben, da dadurch dem Beschwerdeführer weitere Unkosten entstehen würden, weil er das Porto zu tragen hätte.“

Der Schiedsmann, der übrigens seinem Beruf nach Kaufmann ist, nahm daraufhin einen deutschen Reichspfennig, vertraute ihn einem zuverlässigen Boten an, kleidete diesen Boten in ein phantastisches, mittelalterliches Gewand, setzte alles auf einen mit Blumen und Grün reich geschmückten, mit zwei Pferden bespannten Blodwagen, ließ drei Musikanten vorne weg-



Ganz natürlich

Chef (zum Lehrling): „Du klotzest ja ganz fürchterlich! Bist du jemals in einer Stottererschule gewesen, mein Junge?“
Lehrling: „N-n-n-n-n-ein, h-h-h-h-h-err! A-b-b-b-bei m-m-m-mit i-i-i-i-ist es g-g-g-g-ganz natürlich!“

Alle Rechte vorbehalten

Bräutigam: „Und was soll ich auf Deinen Trauring eingravieren lassen?“
Braut (Tochter eines Verlegers): „Alle Rechte vorbehalten.“

noch weiter ab ziehen die Affen Amerikas und noch viel weiter entfernt die sogenannten Halbaffen. Auch das hat die geologische Forschung bestätigt, denn in der tertiären Braunkohlenzeit trennten sich erst zuletzt Menschenaffen und Mensch; bereits viel früher hatten sich die geschwänzten Affen abgepalten. Geologische und serologische Forschungen beweisen, daß der Schimpanse der dem Menschen am nächsten stehende Affe ist. Darum ist er freilich noch nicht sein „Vorfahr“, sondern höchstens ein „Vetter“, dessen Vorfahren degenerierten und eben deshalb „Tiere“ blieben.

Der lebende Körper ist nicht, wie man früher annahm, eine sinnreich arbeitende Maschine und das Leben nur eine Kette von physikalischen und chemischen Vorgängen!

Der Organismus ist keine Maschine;

wenn diese des Heizers und Maschinen bedarf, um richtig arbeiten zu können, so ist der lebende Körper als „Organismus“ nicht nur Maschine, sondern auch Arbeiter, Heizer und Ingenieur, und zwar alles zugleich in einer Person. Die Kräfte in unserm Körper sind so wunderbar ausgeglichen und arbeiten so harmonisch mit- und ineinander, daß wir keine Funktionen erst dann merken, wenn eine von ihnen erlahmen will. Dann rufen wir den Arzt, der nichts weiter macht als die müde gewordenen Lebensenergien zum neuen Leben zu erwecken. Unser Körper ist ein wunderbar organisierter Bau, in dem eine Fülle von geheimnisvollen dirigierenden Kräften wirkt. Der Lebensbegriff läßt sich, vorläufig wenigstens, nicht in chemische Formeln zwängen; zum Leben gehört nicht nur Materie, sondern auch die Funktion, das heißt jedes winzige Tröpfchen Blut, denn Blut ist, wie wir wissen, ein ganz besonderer Saft.

fideln und transportierte so den Pfennig unter dem Hallo der Jugend an Ort und Stelle.

Da aber trat eine neue Komplikation ein: Der Empfänger weigerte sich nämlich, die Quittung zu unterschreiben, weil er sich „veräppelt“ glaubte.

Er übertrumpft die Kreuzworträtsel

Ein Kaufmann braustragte seinen Bruder, zum Berliner Amtsgericht zu fahren und das Grundbuch einzusehen, da er wissen wollte, ob er noch eine Hypothek auf ein Haus geben könne. Der Bruder fand über dieses Grundstück im Band 17 Blatt 1276 Abteilung III, Spalte Veränderungen, folgende Eintragung:

„Die Post Nr. 6 hat den Rang in der dem Eigentümer nach § 7 des Aufwertungsgesetzes vorbehaltenen Rangstelle an erster Stelle unmittelbar hinter den rangierten 184 827,05 Mark und vor den rangierten 1172,95 Mark der Post Nr. 4 und vor den Posten Nr. 3 und 1.“

Der Bruder konnte seinem Bruder keine Auskunft geben, was das heißen sollte. — Zur Zeit sitzen beide auf dem Amtsgericht und knobeln unter Aufsicht eines Rechtsgelehrten den Inhalt aus.

Er läßt einen Wechsel verfahren

Ein Berliner Richter brachte alle Anwälte in Verzweiflung wegen seiner Langsamkeit. Wogu ein anderer zwei Minuten brauchte und nach Meinung der Herren eine hätte brauchen dürfen, dazu benötigte er zwanzig. Dabei war er sehr auf seine Würde bedacht und rügte also strengste jeden Vorstoß.

Eines Tages — es muß in den achziger Jahren gewesen sein — legte ihm ein wegen seines Witzes bekannter Justizrat in einer Wechselklage einen Wechsel vor, ein Vorgang, der normalerweise einen Augenblick dauert. Der Richter nahm den Wechsel erst in die eine Hand, dann in die andere, legte ihn wieder fort, setzte die Brille ab, puhte sie, setzte sie wieder auf, nahm das Wechselformular wieder vor und buchstabierte eine geschlagene Viertelstunde. Der Justizrat stand und lächelte.

Da endlich ertönte es vom Richterlich: „Der Wechsel ist ja verjährt“, worauf der Justizrat erwiderte: „Herr Amtsgerichtsrat, als Sie ihn von mir bekamen, war er's noch nicht!“

Er wird vom Druckfertiger arg mißhandelt

Ein Zeitungsbericht über eine Entschädigung des Oberverwaltungsgerichts: „Der Direktor der Hotel-Betriebs-Gesellschaft macht geltend, daß die Konzessionsverweigerung nicht auf rechtmäßigem Wege zustande gekommen sein könne, und beantragt hierzu Zeugen. Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch den Antrag ab.“

Kein Märchen

Weißes Papier — Zeitungspapier — oder gar kein Papier

Es war einmal eine Stadt mit circa 700 000 Einwohnern.

In dieser Stadt befand sich der größte Bahnhof eines Erdteiles. In der besagten Stadt ging eines Tages eine Frau aus einem Vorort in die innere Stadt, Einkäufe zu besorgen. Die Einkäufe hatte sie erledigt und war im Begriff, mit der Straßenbahn nach ihrem Heim zu fahren, als sie etwas Menschliches überkam. Kurz gefagt: Sie mußte ein Bedürfnis verrichten. Da sie sich gerade in der Nähe des größten Bahnhofes eines Erdteiles befand, begab sie sich in die Toilette des Bahnhofes, hoffend, dort so schnell wie möglich ihr Geschäft verrichten zu können. Wie war sie aber erstaunt, dort ihre Geschäftsgenossinnen in langer Reihe angestellt zu sehen, obwohl dort einige der bewußten Türen offen standen und die Abteile leer waren.

Höchst verwundert fragte sie ihre vor ihr stehende Leidensgefährtin, weshalb da niemand hineingehen dürfe, und sie erhielt die Antwort, daß es doch da teurer sei als hier, wo sie Schlange ständen. Dort, an dem Schiß, stände ja, was es kostete. Verwundert beschaute sich die Frau das schöne, weiße Schiß, auf dem zu lesen war:

„Mit weißem Papier 15 Pfg.“
An den anderen Türen, vor denen die Leute auf Abfertigung warteten, stand auf den Schildern zu lesen:

„Mit Zeitungspapier 10 Pfg.“
„Aber das ist doch die Höhe“, sprach die Frau, „ich habe es so notwendig, und habe das ganze Geld ausgegeben bis auf einen Groschen, und nun muß ich hier so lange warten.“
„Es ist auch noch einer da, dort kostet es nur 5 Pfg., aber ob da Papier darauf ist, weiß ich nicht“, erklärt ihr freundlich die andere Frau. „Es kann sein, daß man da vielleicht die Finger —“

Da mußten sie aber beide lachen, lachen — und wenn sie nicht inzwischen aufgehört haben zu lachen, so lachen sie heute noch.

Wie der Name der Stadt ist?
Nun, diese Stadt, wo solches vorgekommen ist, heißt Leipzig — die Messestadt mit internationalem Verkehr —, und der Bahnhof, wo die Lokusse nach Klassen wie bei der Eisenbahn eingeteilt sind, ist der Leipziger Hauptbahnhof, der größte Bahnhof Europas.

Drum Wanderer, der du nach Leipzig kommst und verspüren solltest, ein Bedürfnis zu verrichten, begib dich auf die Toiletten des Leipziger Hauptbahnhofes. Da hast du die Gewähr und den Genuß, dir standesgemäß den — — Hinterteil zu putzen.

Kofra.